



Arbeitskämpfe Luttes pour le travail

FemInfo
51/2019

FemInfo 51, April 2019 • FemInfo 51, avril 2019**Herausgeberin • Éditrice**

Verein Feministische Wissenschaft Schweiz
Association suisse Femmes Féminisme Recherche

Nationaler Vorstand • Comité national

Anna Rihs, Lilian Carpenter, Maggie Haab, Merjema Adilovic,
Raissa Ruchti, Veronika Helk

Geschäftsleiterin • Directrice générale

Mirjam Aggeler

Geschäftsstelle • Secrétariat

Verein Feministische Wissenschaft Schweiz
Postfach
CH-3001 Bern
PC 30-37698-6

info@femwiss.ch
www.femwiss.ch

Redaktion • Édition

Katharina Pelzelmayer, Martina Amsler, Martina Bundi, Mirjam
Aggeler, Nina Seiler, Saskia Kircali

Layout • Graphisme

Nora Ryser, Mirjam Aggeler

Cover • Couverture

Nora Ryser

Übersetzung • Traduction

Alexandra Cinter o

Druck • Impression

Das FemInfo wird auf Pro Futura – ein mit dem Blauen Engel
ausgezeichnetes 100 % Recyclingpapier – in der Druckerei
Reitschule in Bern gedruckt.

Auflage • Tirage

1100 Exemplare • 1100 Exemplaires

Erscheinen • Annonce

3 Mal jährlich • 3 fois par année

Inserate • Annonce

1 Seite • 1 page CHF 250.–
1/2 Seite • 1/2 page CHF 130.–

Manuskripte • Manuscrits

info@femwiss.ch

Nächster Redaktionsschluss • Prochain délai de rédaction

01.07.2019

Inhalt • Sommaire

Vorwort • Avant-propos	2
Die dienende Klasse der Frauen • Les femmes, la classe des servantes	4
Eine ökonomische Höchstleistung	4
Une puissance économique	8
Zwischen Berufsidentität und Mutterschaft	12
Die Verantwortung der Vereinbarkeit	12
Die grosse Ungerechtigkeitsmaschine • La machine à injustice	17
Einkommens-GGAU der Frauen	17
L'écart global de revenus du travail	21
Altersvorsorge	25
Eine Feministische Perspektive	25
Care und Streik	28
Im postpatriarchalen Durch_einander	28
Familienfreundlich?	31
Unternehmenspolitik im Neoliberalismus	31
Wenn Frauen* streiken • Quand les femmes* font la grève	34
Eine historische Leerstelle	34
Un vide historique	38
Rezension	42
Im Vorzimmer der Macht?	42
Wer war sie?	46
Adelheid Popp	46
Agenda	48
FemWiss Vollversammlung	48
Call for Papers	48

TEXT: MIRJAM AGGELER

Gleichberechtigung. Punkt. Schluss! So das Motto des diesjährigen Frauen*streiks. Ja, der Geduldsfaden ist zum Zerreißen gespannt. Und das ist auch gut so. Denn noch immer sind viele der Forderungen von 1991 unerfüllt. Nichtsdestotrotz verhallte das Echo des damaligen Streiks nicht gänzlich ungehört. So passierte beispielsweise das Gleichstellungsgesetz Mitte der 90er-Jahre die eidgenössischen Räte und bildete damit die verbindliche Grundlage für die Umsetzung des Gleichstellungsartikels in der Verfassung. Im Klima der damaligen Deregulierungseuphorie: ein bemerkenswerter Fortschritt. Auch der lautstarke Protest um die Nichtwahl der SP-Bundeskandidatin, Christiane Brunner, und die darauffolgende Wahl von Ruth Dreifuss dürfen der politischen Mobilisierung durch den Frauenstreik von 1991 – und nicht zuletzt den dadurch entstandenen Netzwerken – zugeschrieben werden. Nicht zu vergessen sind auch nachgelagerte Erfolge, wie zum Beispiel die Mutterschaftsversicherung, die 2004 nach drei erfolglosen Anläufen endlich eine Volksmehrheit fand.

Dies sind nicht die grossen Sprünge, von denen die Aktivist*innen 1991 geträumt haben mögen. Aber es sind Meilensteine, die, wie schon jene aus vorangegangenen feministischen Kämpfen, mit zäher Beharrlichkeit erstritten wurden.

Nun schreiben wir das Jahr 2019. Und obwohl sich diese Zahl für meine Ohren immer noch eher nach Science-Fiction anhört, sieht es in puncto Gleichberechtigung aller bisherigen Errungenschaften zum Trotz in vielerlei Hinsicht nach wie vor eher mittelalterlich aus. Bleiben wir also beharrlich, einmal mehr: Gleichberechtigung. Punkt. Schluss!

Schluss mit Zugeständnissen, Schluss mit kleinen Schritten, Schluss mit Problemverlagerung bei gleichbleibenden Strukturen! Mit dem Thema *Arbeitskämpfe* setzen wir im Vorfeld des Frauen*streiks 2019 deshalb den Fokus auf die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung – im weitesten Sinn – und ihre schwerwiegenden wirtschaftlichen und damit auch sozialen Folgen.

TEXTE: MIRJAM AGGELER ◦

L'égalité, un point c'est tout! Tel est le mot d'ordre de la grève des femmes* de cette année. Car oui, notre patience est à bout, et c'est très bien. De nombreuses revendications de la grève de 1991 n'ont toujours pas été satisfaites. Néanmoins, celle-ci a tout de même eu quelques effets positifs: la loi sur l'égalité a notamment été adoptée par les Chambres fédérales au milieu des années 90, posant ainsi les bases légales de l'application de l'article sur l'égalité. Un progrès notable dans le climat de dérégulation euphorique de l'époque. De même, les vives protestations autour de la non-élection de Christiane Brunner, candidate du PS au Conseil fédéral, et l'élection consécutive de Ruth Dreifuss peuvent être attribuées à la mobilisation politique par la grève, et notamment aux réseaux qu'elle a créés. Sans oublier les succès plus tardifs tels que l'assurance maternité, enfin adoptée par le peuple en 2004, après trois tentatives infructueuses. Ces progrès ne sont pas les grandes avancées dont rêvaient probablement les activistes de 1991. Mais ce sont des pas en avant, comme ceux faits

grâce à la ténacité des luttes féministes précédentes.

Aujourd'hui aussi nous écrivons l'histoire, celle de 2019. Et bien que ce nombre sonne toujours à mes oreilles comme de la science-fiction, nous en sommes, pour ce qui est de l'égalité et en dépit de tous les progrès obtenus, sur bien des plans encore au Moyen Age. Faisons donc une fois de plus preuve de persévérance et réclamons l'égalité, un point c'est tout!

Finis les concessions, finis les petits pas, finis de sans cesse déplacer le problème alors que les structures ne changent pas! Avec le thème des femmes et (de la confiscation) du travail, nous mettons ici l'accent, en prévision de la grève des femmes* 2019, sur la division du travail genrée – au sens large – et ses lourdes conséquences tant économiques que sociales.

Eine ökonomische Höchstleistung

TEXT: MIRJAM AGGELER

«Wild, frech, aufrührerisch und ungebärdig»¹ sind nicht unbedingt Zuschreibungen, die heute als typisch weiblich gelten. Sehr wohl aber taten sie es im späten Mittelalter. Auch waren es die Frauen, die als sexuell impulsiv und dauerhungrig galten – nicht, dass ihnen diese Zuschreibungen, die wir heute eher als stereotyp männlich einordnen würden, zu einer Vormachtstellung verholfen hätten. Im Gegenteil: Sie dienten als Begründungen dafür, dass Frauen den Männern untergeordnet seien.

Die Vorstellung von zwei sich diametral gegenüberstehenden Geschlechtern ist in ihrer hierarchischen Struktur auch Teil der ökonomischen Ordnung. Wenn wir einen kurzen Blick auf die Organisation des Zusammenlebens vor den Anfängen der Industrialisierung werfen, fällt auf: Der Haushalt des mittelalterlichen Proletariats kannte die klare Teilung in eine private und eine öffentliche Sphäre nicht. Er war als ökonomische Einheit organisiert und diente als Überlebensgrundlage für alle Beteiligten – von den Eheleuten über die Kinder bis hin zu den Gesellen und

Dienstmägden. Jede Arbeit trug zum gemeinsamen Überleben bei: Jede Arbeit zählte, gerade weil es noch keine Lohnarbeit gab, wie wir sie heute kennen. Innerhalb dieser wirtschaftlichen Einheit waren alle aufeinander angewiesen. «Dabei wurden unterschiedlichste und komplementäre Formen der Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern entwickelt, nur eine Form der Arbeitsteilung gab es nicht: die zwischen bezahlter ausserhäuslicher Lohnarbeit des Mannes und unbezahlter Hausarbeit der Frau.»²

Ein solches Zusammenleben war nicht auf die dienstbare Hausfrau angewiesen, wohl aber auf die Konstruktion einer charakterlichen und kognitiven weiblichen Schwäche als Legitimationsgrund für die eingeschränkten Rechte und die unverhohlene physische Gewalt, mit welcher die patriarchale Hierarchie erzwungen wurde. Es geht also nicht darum, das vorindustrielle Patriarchat zu idealisieren. Dennoch ist es wichtig festzuhalten: Frauen waren Teil der Ökonomie, hatten Zugang zur öffentlichen Sphäre, beispielsweise in Form von Allmenden, und konnten

Mirjam Aggeler, 1986 geboren, absolvierte eine Berufslehre als Bauspenglerin, studierte Design (BA) an der Zürcher Hochschule der Künste und anschliessend Literarisches Schreiben (MA) an der Hochschule der Künste Bern. Ihr feministisches Engagement lebt sie in aktivistischer Form wie auch in ihren Texten aus. Seit 2016 leitet sie die Geschäftsstelle des Vereins Feministische Wissenschaft Schweiz.

sich dadurch bis zu einem gewissen Grad ihre Unabhängigkeit sichern.

Stereotype im Dienste der Ordnung

Das anfänglich erwähnte Bild der Frau als unbändig, wild und frivol wurde ab dem 17. Jahrhundert allmählich ersetzt durch das «Ideal der passiven, sanften und freundlichen Ehefrau, Hausfrau und Mutter [...]». Von nun an brauchte die Unterordnung der Frauen nicht mehr offen erzwungen werden, weil sie schon in einem normativ verankerten «Wesen der Frau» begründet sein sollte.»³ Die Domäne des Haushalts konnte somit ohne Machtverlust den Frauen überlassen werden.

Die Hierarchie der Geschlechter verschob sich in der neuen kapitalistischen Ordnung mitnichten, im Gegenteil: Die ökonomische Abhängigkeit der Frauen hat sich durch den Kapitalismus sogar verschärft. Die patriarchalen Strukturen, in denen wir heute leben, sind demnach keine blossen Überbleibsel aus dem späten Mittelalter. Sie gehören zu den Grundbedingungen, die für die Entstehung des Kapitalismus genauso unabdingbar waren wie der Kolonialismus.

Die Reformation des frühen Kapitalismus im 20. Jahrhundert hatte höhere Löhne und eine Regulierung des Arbeitsmarkts zur Folge. Die Zeit der Arbeitskräfte verschleissenden Geburtswehen des Kapitalismus, wie Karl Marx sie bezeichnete, schien überstanden – zumindest für die männlichen Lohnarbeiter. Diese Errungenschaft wäre jedoch nicht möglich gewesen, hätten die Frauen nicht den Preis dafür bezahlt – und zwar in Form ihrer kompletten ökonomischen Abhängigkeit durch die Institutionalisierung von unbezahlter Haus- und Sorgearbeit. Barbara Duden und Gisela Bock fassen diese Entwicklung folgendermassen zusammen: «[E]inerseits begann man, den Männern höhere Löhne zu zahlen, gerade so hoch, dass sie eine Frau in ökonomischer und sexueller Abhängigkeit halten konnten; andererseits machte die Unterwerfung der Frau und die Durchsetzung der Familie als

1 Duden, Barbara; Bock, Gisela: Arbeit aus Liebe – Liebe als Arbeit. Zur Entstehung der Hausarbeit im Kapitalismus, in: Frauen und Wissenschaft: Beiträge zur Berliner Sommeruniversität für Frauen. Berlin, 1977. S. 135.

2 Duden; Bock. S. 126.

3 Duden; Bock. S. 150.

4 Duden; Bock. S. 177.

5 Zitat: Ebd.

6 Duden; Bock. S. 178.

Organisationsform unbezahlter Hausarbeit in der Arbeiterklasse es möglich, den Arbeitern geringere Löhne zu zahlen, als es die Klassenkämpfe bis zu den Revolutionen von 1917/1919 erforderlich gemacht hätten.»⁴ Der Wertverlust der Arbeitskraft geschah also nicht durch die sogenannte Schmutzkonkurrenz der Frauen, sondern durch die Ausbeutung der Frauen durch die Männer. Oder wie es der Wirtschaftswissenschaftler John Kenneth Galbraith 1973 unter dem Einfluss der Frauenbewegung formulierte: «Die Umwandlung der Frauen in eine auf unsichtbare Weise dienende Klasse war eine ökonomische Leistung ersten Ranges. Dienstboten für gesellschaftlich unterbewertete Arbeiten standen einst nur einer Minderheit der vorindustriellen Bevölkerung zur Verfügung; die dienstbare Hausfrau steht jedoch heute auf ganz demokratische Weise fast der gesamten männlichen Bevölkerung zur Verfügung.»⁵

Kurz: Die Unternehmen und der Staat profitierten für *einen* bezahlten Lohn von *zwei* Arbeitskräften – von den männlichen Lohnarbeitern und den die Arbeiter reproduzierenden Haus- und Ehefrauen. Die Männer erhielten als Kompensation für die eigentlichen For-

derungen der Arbeiter*innenklasse gewissermassen die Frauen als persönliche Dienstbotinnen. Herauszufinden, wer bei diesem Deal leer ausging, bedarf keiner analytischen Höchstleistung. Was dadurch aber deutlich wird, ist Folgendes: «Die Frauen sind nicht nur das ‹Herz der Familie›, sondern das Herz des Kapitals. Es steht und fällt damit, sich ihrer Liebe, ihrer ‹Natur›, ihrer Arbeit umsonst bedienen zu können.»⁶

Errungenschaften der Frauenbewegung

So gesehen ist es keine Überraschung, dass die erkämpfte ökonomische Teilhabe der Frauen durch Zugang zur Lohnarbeit nicht die erhofften Folgen hatte. Die Lohnarbeitskraft der Frauen wurde mit Handkuss willkommen geheissen, solange sie nicht an den wirtschaftlichen und sozialen Machtpositionen der Männer kratzte, und das liess und lässt sich bekanntlich verhindern; die unbezahlte Haus- und Sorgearbeit ist bis heute vorwiegend bei den Frauen – und damit auch deren ökonomische Unabhängigkeit auf der Strecke geblieben. Der Versuch, den in den 60er- und 70er-Jahren scheinbar augenfälligsten Ungleichheiten entgegenzuwirken, wurde sowohl vom Kapitalismus

7 Woolf, Naomi: *Der Mythos Schönheit*. Reinbek bei Hamburg, 1993.

8 analyse & kritik – Zeitung für linke Debatte und Praxis, Nr. 629, 2017. Interview von Hannah Schultes mit Silvia Federici: *Der schnellste Weg aus der Küche*.

wie auch vom Patriarchat gekapert. Naomi Woolf bringt es in ihrem Buch *Der Mythos Schönheit* folgendermassen auf den Punkt: In dem Masse, wie sich Frauen politische Rechte und Zugang zu freier Berufswahl erkämpft haben, wurde Schönheit zum höchsten Gut der Frau erhoben und das Schönheitsideal nicht nur unerreichbar, sondern in seiner Vollendung tödlich.⁷ Zum einen muss die Arbeit am eigenen Körper, die nie genügen kann, immerzu geleistet werden und kostet Zeit und Geld; zum anderen kostet sie Selbstwertgefühl und lenkt den strafenden Blick statt in die Welt auf den eigenen (mangelhaften) Körper. Ein Phänomen, das sich bei vielen feministischen Forderungen abzeichnet: Ihr wollt sexuelle Befreiung? Bitte schön: Werdet Sexobjekte. Ihr wollt die Geschlechterrollen infrage stellen? Bitte schön: Werdet wie Männer. Das heisst: sofern ihr die Energie habt, euch permanent zu beweisen, euch permanent infrage gestellt zu sehen und dafür nicht dieselbe Anerkennung zu erwarten, während ihr es indes nicht versäumt, euren weiblichen Pflichten nachzukommen. Alles in allem schlicht ein Gewinn für den Neoliberalismus, der uns nützlicherweise auch lehrt: Du kannst

alles haben, wenn du dich nur genügend anstrengst, und wenn du scheiterst, hast du dich zu wenig angestrengt.

Mit anderen Worten: Die Erfolge der Frauenbewegungen hatten einen Preis. Und wir sollten nicht bereit sein, ihn zu bezahlen. Denn die Feministinnen der Generationen vor uns haben Egalität gefordert, nicht nach einem faulen Handel gefragt. Daran sollten wir denken, wenn wir uns um Reformen innerhalb dieses Systems bemühen: Irgendwer wird dafür bezahlen. Denn im Kapitalismus ist nichts umsonst.

Das heisst nicht, dass alle bisherigen Emanzipationsbemühungen umsonst waren. Aber es ist Zeit, dass wir uns nicht länger an ein System anzupassen versuchen, das auf Ausbeutung beruht. Es ist Zeit, das soziale und ökonomische Zusammenspiel zwischen Hierarchien – von denen das Verhältnis der Geschlechter nur eine ist – und einer gesellschaftlichen Organisationsform, die im Endeffekt in erster Linie dem Kapital selbst zugutekommt, als Ganzes zu hinterfragen. Oder, um es mit Silvia Federicis Worten zu sagen: «Es geht deshalb heute um die Wege, die nicht gegangen wurden.»⁸

Une puissance économique

TEXTE: MIRJAM AGGELER ◊

« Sauvage, insolente, indisciplinée et rebelle »¹ ne sont pas forcément des attributs qui de nos jours passent pour typiquement féminins. Pourtant, c'était bel et bien le cas au Bas Moyen Âge. Ces attributs, aujourd'hui plutôt qualifiés de masculins en vertu des stéréotypes en vigueur, n'ont pourtant pas permis d'assoir le pouvoir des femmes, soi-disant animées de pulsions sexuelles insatiables. Au contraire: ils ont servi à légitimer leur domination par les hommes.

Or, de par sa structure hiérarchique, la représentation binaire consistant à opposer diamétralement deux sexes, fait partie de l'ordre économique. Si on examine l'organisation de la vie commune avant le début de l'industrialisation, on constate que l'unité économique que constituait un ménage des classes populaires au Moyen Âge ne connaissait pas de séparation claire entre sphère privée et sphère publique. Il servait de base à la survie de toutes les personnes impliquées, des époux aux enfants, en passant par les compagnons et les servantes. Chacune des tâches contribuait à la survie de la communauté: chaque travail

comptait, précisément parce qu'il n'y avait pas encore de travail salarié tel que nous le connaissons aujourd'hui. Au sein de cette unité économique, chacun dépendait des autres. « Ce faisant, différentes formes complémentaires de répartition des tâches entre les sexes se sont développées. Seule l'une d'entre elles n'existait pas: celle attribuant aux hommes un travail à l'extérieur du foyer et rémunéré, et aux femmes un travail domestique non rémunéré ».²

Si cette vie commune ne reposait pas encore sur la femme au foyer serviable, elle s'appuyait sur l'idée d'une faiblesse de caractère et d'esprit des femmes, ce afin de légitimer la restriction de leurs droits et la violence physique manifeste avec lesquelles le patriarcat établissait sa domination. Il ne s'agit donc pas d'idéaliser le patriarcat de l'ère préindustrielle. Mais il est important de souligner que les femmes avaient une place dans l'économie, avaient accès à l'espace public, par exemple grâce à un système de biens communs, et pouvaient ainsi jusqu'à un certain point garantir leur indépendance.

Mirjam Aggeler est née en 1986. Après un apprentissage de plombière-zingueuse, elle étudie le design (BA) à la Zürcher Hochschule der Künste, puis l'écriture littéraire (MA) à la Hochschule der Künste de Berne. Son engagement féministe passe aussi bien par son activisme que par ses textes. Depuis 2016, elle dirige le secrétariat général de l'Association suisse Femmes Féminisme Recherche.

Stéréotypes au service de l'ordre 2

L'image évoquée plus haut d'une femme indomptable, sauvage et frivole a été peu à peu remplacée à partir du 17^{ème} siècle par « l'idéal de l'épouse, de la mère et de la ménagère passive, douce et aimable [...] ». A partir de cette époque, la soumission des femmes n'avait plus besoin d'être obtenue par la violence ouverte, parce qu'elle s'imposait probablement désormais par l'idée normative et bien ancrée d'une « essence féminine ».³ La sphère domestique pouvait ainsi être laissée aux mains des femmes sans qu'il y ait perte de pouvoir.

La hiérarchie des genres n'a aucunement été remise en cause par le nouvel ordre capitaliste, bien au contraire: ce dernier a même renforcé la dépendance économique des femmes. Les structures patriarcales dans lesquelles nous vivons aujourd'hui ne sont par conséquent pas de simples vestiges du Bas Moyen Âge. Tout comme le colonialisme, elles font partie des conditions qui ont permis l'émergence du capitalisme.

La réforme au 20^{ème} siècle de ce système capitaliste des premiers temps a engendré une hausse

des salaires et la régulation du marché du travail. L'ère d'un capitalisme naissant usant et épuisant la force de travail, selon la formule de Marx, semblait désormais révolue, du moins pour les travailleurs masculins. Mais cette avancée n'aurait guère été possible si les femmes n'en avaient payé le prix, celui du complet abandon de leur indépendance économique, réalisé par l'institutionnalisation du travail domestique et des soins. Barbara Duden et Gisela Bock résumant cette évolution de la façon suivante: « [...] D'un côté, on s'est mis à augmenter le salaire des hommes, assez pour qu'ils puissent maintenir une femme dans la dépendance économique et sexuelle; d'un autre côté, la soumission de la femme et l'imposition de la famille comme forme

1 Duden, Barbara; Bock, Gisela: Arbeit aus Liebe – Liebe als Arbeit: Zur Entstehung der Hausarbeit im Kapitalismus, in: Frauen und Wissenschaft: Beiträge zur Berliner Sommeruniversität für Frauen. Berlin, 1977. P. 135. [Nous traduisons]

2 Duden; Bock. P. 126. [Nous traduisons]

3 Duden; Bock. P. 150. [Nous traduisons]

4 Duden ; Bock. P. 177. [Nous traduisons]

5 Ibid. [Nous traduisons]

6 Duden ; Bock. P. 178. [Nous traduisons]

d'organisation du travail domestique non rémunéré dans la classe ouvrière ont permis que soient payés aux travailleurs des salaires moins élevés que ceux obtenus au cours des luttes de classes jusqu'à la révolution de 1917/19». ⁴ La perte de valeur de la force de travail n'a donc pas été causée par la soi-disant concurrence déloyale des femmes, mais par l'exploitation des femmes par les hommes. Ou comme le formulait en 1973 l'économiste John Kenneth Galbraith, influencé par le mouvement féministe: «La transformation invisible des femmes en une classe de servantes fut une performance économique de premier ordre. A l'ère préindustrielle, seule une minorité de la population disposait de domestiques pour s'acquitter des travaux sous-évalués par la société; aujourd'hui, la ménagère corvéable est pourtant, de manière parfaitement démocratique, à disposition de presque toute la population masculine.» ⁵

Pour faire court: les entreprises et l'Etat ont profité de deux forces de travail pour un seul salaire, soit des salariés masculins et des ménagères reproductrices qui fournissaient des travailleurs. En compensation des véritables revendications de la classe ouvrière,

les hommes ont pour ainsi dire hérité d'une femme, c'est-à-dire d'une domestique personnelle. Pas besoin de mener une analyse poussée pour déterminer qui dans ce marché a perdu au change. Ce qui ressort également très clairement, c'est que «les femmes ne sont pas seulement le cœur de la famille», elles sont aussi le cœur du capital. C'est ainsi qu'on peut se servir gratuitement de leur amour, de leur «nature», de leur travail.» ⁶

Conquêtes féministes

Vu sous cet angle, il n'est pas étonnant que la participation des femmes à l'économie, acquise de haute lutte, et l'accès au travail salarié n'aient pas eu les résultats escomptés. Le travail salarié des femmes a été accueilli à bras ouvert, tant qu'il n'a pas porté atteinte au pouvoir économique et social des hommes, ce qui a été soigneusement évité et continue de l'être. Le travail domestique et les soins non rémunérés pénalisent aujourd'hui encore majoritairement les femmes, compromettant ainsi également leur indépendance économique. Les tentatives de contrer les inégalités qui sautaient aux yeux dans les années

7 Woolf, Naomi: *Der Mythos Schönheit*. Reinbek bei Hamburg, 1993. [Nous traduisons]

8 analyse & kritik – Zeitung für linke Debatte und Praxis, no. 629, 2017. Interview von Hannah Schultes mit Silvia Federici: *Der schnellste Weg aus der Küche*. [Nous traduisons]

60 et 70 ont été détournées aussi bien par le capitalisme que par le patriarcat. Dans son livre *Der Mythos Schönheit*, Naomi Woolf résume ainsi le problème: Du moment que les femmes ont obtenu des droits politiques et l'accès au libre choix de leur profession, la beauté a été élevée au rang de principal atout féminin, et l'idéal de beauté rendu non seulement inatteignable, mais, dans sa forme la plus achevée, mortel. ⁷ D'un côté, nous sommes contraintes de poursuivre sur notre propre corps ce travail qui n'est jamais suffisant, ce qui coûte du temps et de l'argent; de l'autre, cela grève notre estime de nous-mêmes et détourne notre regard du monde pour le porter, réprobateur, sur notre propre corps (imparfait). Un phénomène qui transparait dans plusieurs revendications féministes. Vous voulez la libération sexuelle? Pas de problème: vous serez des objets sexuels. Vous voulez remettre en question la répartition des rôles? Pas de problème: faites comme les hommes. Comprenez: tant que vous avez l'énergie de faire constamment vos preuves, de vous voir constamment remises en question et de ne pas en tirer la même reconnaissance que les hommes, tout ceci en ne manquant

pas d'accomplir vos devoirs de femmes. En somme, un pur gain pour le néolibéralisme, qui nous enseigne également très à propos: tu peux tout avoir, il suffit que tu fasses assez d'efforts; et si tu échoues, c'est que tu n'en as pas fait assez.

En d'autres termes: les conquêtes du féminisme ont eu un prix, que nous ne devrions pas accepter de payer. Car les féministes des générations précédentes demandaient l'égalité, non un compromis douteux. Nous devrions avoir cela à l'esprit quand nous cherchons à obtenir des réformes au sein du système: quelqu'un paiera pour ça. Car dans le capitalisme, rien n'est gratuit. Cela ne veut pas pour autant dire que les efforts d'émancipation entrepris jusqu'ici n'ont servi à rien. Mais il est temps que nous cessions d'essayer de nous adapter à un système qui repose sur l'exploitation. Il est temps de questionner dans son ensemble le jeu économique et social des hiérarchies – dont les rapports de genre ne sont qu'un des aspects – et une forme d'organisation sociale qui, au final, ne profite qu'au capital. Ou, pour le dire avec les mots de Silvia Federici: «Il s'agit aujourd'hui d'emprunter des chemins qui ne l'ont pas encore été.» ⁸

Die Verantwortung der Vereinbarkeit

TEXT: ANDREA MAIHOFFER UND DIANA BAUMGARTEN

Im europäischen Vergleich verlaufen Ausbildungs- und Berufsbiografien in der Schweiz besonders ausgeprägt in geschlechtstypischen Bahnen. Auch heute noch werden Frauen* hierzulande selten Informatikerinnen und nur wenige Männer* lassen sich zu Pflegefachmännern ausbilden. Zwar streben Frauen* häufiger geschlechtsuntypische Ausbildungswege an als Männer*. Es gelingt ihnen jedoch seltener, sich in diesen Berufsfeldern auch tatsächlich zu etablieren. Ausserdem hat sich gezeigt¹, dass die berufliche Geschlechtersegregation effektiv noch stärker ausfällt als statistisch nachweisbar. So finden sich Männer* in frauentypischen Berufen oft in «Männernischen» (z.B. nicht in der Pflege am Bett, sondern als Berufsbildner) und Frauen in männertypischen Berufen in «Frauennischen» (z.B. im Sekretariat der Baufirma) wieder.

Eine Ursache für diese ausgeprägte Segregation liegt an dem vergleichsweise frühen Zeitpunkt der beruflichen Weichenstellung in der Schweiz. Beim Übergang von der obligatorischen Schule in die berufs-

bildenden oder allgemeinbildenden Ausbildungsgänge der Sekundarstufe II sind die Jugendlichen erst 15 bis 16 Jahre alt. In dieser Lebensphase orientieren sich die meisten von ihnen stark an Geschlechterstereotypen und wagen es eher selten, Geschlechtergrenzen zu überschreiten. Vorhandene Wünsche nach einem «untypischen» Beruf werden oftmals aus Angst vor Stigmatisierungen nicht umgesetzt. Zudem ist das Spektrum der Berufe, die Jugendliche vor Augen haben, überraschend eng. Wenn sie beginnen, sich mit möglichen Berufen auseinanderzusetzen, ist ihr Blick daher häufig bereits auf geschlechtstypische Berufsfelder eingeeengt. Kurz: Die Mehrheit der jungen Frauen* und Männer* wünscht sich im Alter von 15 Jahren einen geschlechtstypischen Beruf und befindet sich drei Jahre später auch in einem solchen. Das führt dazu, dass sie ihre Begabungen und Möglichkeiten oft gar nicht erst kennenlernen.

So wählt eine grosse Mehrheit der Frauen* aus nur 14 von über 200 verschiedenen Lehrberufen aus. Besonders häufig werden die Ausbildung zur Kauffrau sowie Berufe in den Bereichen Gesundheit, Soziales und Detailhandel gewählt. Das Berufswahlspektrum

1 Der Artikel basiert auf den Ergebnissen der vom Schweizerischen Nationalfonds SNF im Rahmen des *Nationalen Forschungsprogramms 60* finanzierten Studie «Persistenz und Wandel von Geschlechterungleichheiten in Ausbildungs- und Berufsverläufen» sowie dem ebenfalls vom SNF finanzierten Projekt «Antizipierte Elternschaft und Berufstätigkeit. Zur Wechselbeziehung von Familien- und Berufsvorstellungen junger Erwachsener». Informationen zu beiden Projekten sowie daraus entstandene Artikel sind auf der Website des *Zentrums Gender Studies*, Universität Basel, unter www.bit.ly/2TawJSQ zu finden.

junger Männer* ist dagegen breiter. So wählt die Mehrheit der Männer* aus immerhin 36 von über 200 Berufen aus. Besonders beliebt ist auch hier die kaufmännische Ausbildung, gefolgt von Berufen in den Bereichen Technik und Bauwesen.

Diese Berufsentscheidungen haben je nach Geschlecht unterschiedliche Folgen, die insbesondere Frauen oft gar nicht bewusst sind: Etwa, dass mit der Berufswahl branchenabhängige Lohnentwicklungen

einhergehen. Typische Frauenberufe in den Bereichen Erziehung, Betreuung, Kosmetik oder Zahnpflege, die mit Aufgaben der privaten Care- und Hausarbeit verwandt sind, haben ein geringes gesellschaftliches Ansehen und sind als typische Frauenberufe schlecht bezahlt. Diese Lohnunterschiede zeigen sich bereits in der Lehre und vergrössern sich im weiteren Berufsverlauf stetig. Da das Lohnniveau in Frauenberufen deutlich tiefer ist als in neutralen und männertypischen Berufen, sind Frauen* in der Schweiz überdurchschnittlich von prekären Lebenslagen betroffen.

Berufsidentität

Anders als früher, ist jedoch inzwischen für junge Frauen* absolut klar, dass sie einen Beruf erlernen und diesen auch ausüben wollen. Dieser wird von ihnen auch nicht (mehr) als blosser Übergangsbeschäftigung bis zur baldigen Familiengründung angesehen. Im Gegenteil, sie schätzen ihren Beruf und die damit verbundene Möglichkeit, dadurch gesellschaftliche Teilhabe und Anerkennung zu erfahren. Die Selbstverständlichkeit, mit der auch Frauen* heute eine eigene Berufsidentität entwickeln, ist Teil eines Wandels

Prof. Dr. Andrea Maihofer, Professorin für Geschlechterforschung und Leiterin des *Zentrums Gender Studies*, Universität Basel, arbeitet seit vielen Jahren zu Wandel und Persistenz der Geschlechterverhältnisse, geschlechtsspezifischer Sozialisation und Sexualität. Ein weiterer Schwerpunkt liegt in der Familienforschung, insbesondere auf Arrangements von Familie und Beruf, Familienkonstellationen sowie Wandel von Vaterschaft und Mutterschaft.

Dr. Diana Baumgarten, assoziierte Forscherin am *Zentrum Gender Studies*, Universität Basel, und Projektkoordinatorin am *Institut für Soziologie* der TU Dortmund, hat in verschiedensten Forschungsprojekten zu den Themen Familie, Vaterschaft, Mutterschaft und Männlichkeit gearbeitet. Derzeit beschäftigt sie sich im Rahmen eines Forschungsprojektes zu «Männlichkeit und Erwerbsarbeit» intensiv mit Fragen der kritischen Männlichkeitenforschung.

in den Geschlechterverhältnissen, der noch vor drei Jahrzehnten nicht in gleichem Masse zu beobachten war.

Während Männer* jedoch weitgehend unhinterfragt von einer ununterbrochenen Berufstätigkeit ausgehen, haben viele Frauen* nach wie vor – und zwar lange vor einer tatsächlichen Familiengründung – eine familienbedingte Unterbrechung ihrer Erwerbsbiografie oder zumindest eine deutliche Reduktion der Erwerbstätigkeit vor Augen. Aber auch bei Männern* haben die familialen Zukunftspläne Folgen für ihre beruflichen Entscheidungen. So fragen sie sich, ob ihr Lohn ausreicht, um später eine Familie ernähren zu können, und sehen sich damit schon zu dieser Zeit in der Ver-

antwortung, hauptsächlich alleine für die ökonomische Absicherung der Familie zuständig zu sein.

Genau diese frühe Antizipation der späteren Familiengründung und ihr Einfluss auf die Berufswahlentscheidungen von jungen Frauen* sind unserer Ansicht nach ein zentraler Mechanismus dafür, dass die Segregation und Geschlechterhierarchie in der Berufswelt fast ungebrochen weiter fortbesteht.

Mit der Mutterschaft kommt die berufliche Ungewissheit

Für viele Frauen* bedeutet der Übergang zur Mutterschaft eine grosse Ungewissheit – und vor allem ein Dilemma: So wird diese von ihnen als eine sehr wichtige Aufgabe wahrgenommen und sie sehen die Zuständigkeit für das Wohlbefinden und gesunde Aufwachsen eines Kindes grösstenteils bei sich. Gleichzeitig wollen sie keineswegs mehr ausschliesslich Hausfrau und Mutter sein und ihre Berufsidentität verlieren. Dies scheint für viele keine Option mehr zu sein.

So tun sich Frauen* vielfach schwer mit der Ungewissheit bzw. fürchten den Verlust ihrer Berufsarbeit,

in die sie lange Ausbildungsjahre investiert haben und die in ihrem bisherigen Leben sowie für ihr Selbstverständnis inzwischen eine so wichtige Rolle spielt. Sie stehen daher noch immer vor der Notwendigkeit, sich entscheiden zu müssen – wenn auch nicht mehr grundsätzlich zwischen Berufsarbeit und Familie, sondern doch zwischen Familie und einer vollzeitnahen, ökonomisch einträglichen Erwerbsarbeit. Ein berufliches Engagement, berufliche Weiterentwicklungen und Kinder zu haben – dies schliesst sich in ihrer Vorstellung oftmals aus.

Zudem sehen sich Frauen* in vielen Branchen mit einem Arbeitsmarkt konfrontiert, der sich am männlichen Vollzeitideal von Erwerbsarbeit orientiert: Dazu gehören ein intensiver zeitlicher Aufwand, ungeteilte Verfügbarkeit und eine kontinuierliche Erwerbsbiografie ohne Unterbruch. Demgegenüber wünschen sich die Frauen* als Mütter, ihrem Beruf in einem überschaubaren Rahmen und mit hoher Flexibilität nachgehen zu können. Entsprechend entwerfen sie ihre Berufstätigkeit als Ergänzung zum Familienalltag in Teilzeitpensen zwischen 20 und 40 Prozent; in Ausnahmen 60 Prozent.

Angesichts ihrer Vorstellungen, die, wie sie wissen, von einem Normalarbeitsverhältnis abweichen, nehmen sie eine berufliche Disqualifizierung und geringe Karriereperspektive meist schon vorweg. Dies bringt Frauen* in die Defensive, hängt die Möglichkeit zur (Teilzeit-)Berufstätigkeit doch zentral von betrieblichem *Entgegenkommen* ab. Hierbei spielt die konkrete Berufsbranche eine wichtige Rolle: In eher frauentypischen Berufen wie Pfleger*in oder Psycholog*in gilt Teilzeitarbeit als selbstverständlicher. Was nicht heisst, dass stets jedes Wunschpensum möglich ist. Im Gegenteil, lange Zeit übliche «Kleinstpensen» werden vermehrt gar abgeschafft.

Hinzu kommt die Frage der Kinderbetreuung. Die meisten Deutschschweizer Männer* und Frauen* präferieren noch immer eine private Betreuung der eigenen Kinder – am liebsten durch die Eltern selbst (und damit vor allem durch die Mütter) oder durch die Grosseltern (bzw. Grossmütter) oder andere (weibliche) Verwandte. Institutionelle familienergänzende Betreuung wird eher skeptisch gesehen und kommt oft allenfalls für ein bis maximal drei Tage infrage. Hinzu kommen hier (kantonal unterschiedlich ausfallende)

finanzielle Aspekte, inwiefern sich die Wiederaufnahme einer Erwerbstätigkeit durch die Frau* «lohnt», wenn die Kinderbetreuung entsprechend teuer ist.

Schwierig ist auch, dass der berufliche Wiedereinstieg vielfach zeitlich unstrukturiert ist bzw. nicht zu den antizipierten Bedürfnissen des Kindes passt. Eine Rückkehr nach 14 Wochen Mutterschaftsurlaub können sich jedenfalls nur wenige Frauen* vorstellen – und wenn, dann oft nicht im gleichen Stellenpensum wie zuvor. Infolge dieser Entscheidung kommt den Männern* die Hauptverantwortung für die ökonomische Absicherung der Familie zu, da die Teilzeiterwerbsarbeit der Frauen* nicht existenzsichernd ist. Mit der Aufgabe ihrer finanziellen Autonomie nehmen Frauen* zudem das Risiko eines sozialen Abstiegs im Falle einer Trennung bzw. das Risiko einer nicht-existenzsichernden Rente im Pensionsalter in Kauf.

Trotz des geschilderten Dilemmas lassen sich allerdings Erwartungen hinsichtlich mehr staatlicher Unterstützung oder beispielsweise der Einführung einer Elternzeit vor dem Hintergrund eines inzwischen neoliberal reduzierten Sozialstaates, wie er in der Schweiz existiert, nur schwer formulieren. Die

Vorstellung, jede Familie müsse ihre Vereinbarkeitsprobleme allein lösen, lässt sich bei vielen Frauen* (und Männern*) finden. Diese Haltung entspricht der neoliberalen Logik des stets selbstverantwortlichen Subjekts, das individuell die richtige Lösung finden muss. Ausgeblendet wird, dass es für die persönliche Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit immer auch entsprechende gesellschaftlich-kulturelle Lebens- und Arbeitsbedingungen braucht, die diese überhaupt ermöglichen.

Einkommens-GGAU der Frauen

TEXT: MASCHA MADÖRIN

Neuerdings berechnet Eurostat einen Prozentsatz, welcher die gesamte Einkommenslücke aus Erwerbsarbeit von Frauen im Vergleich zu Männern ausdrücken soll. Dabei ist nicht nur das Einkommensgefälle pro gearbeitete Stunde (Gender Pay Gap) zwischen Männern und Frauen, sondern auch der unterschiedliche Beschäftigungsgrad enthalten. Diese Geschlechterspezifische Gesamteinkommensunterschiede (GGAU!)¹ zeigen schockierende Resultate – aus zwei Gründen:

1. Sie sind skandalös hoch, insbesondere in Ländern wie der Schweiz, Österreich und Deutschland, den Niederlanden und Grossbritannien.
2. Obwohl bedeutend tiefer, weisen die Einkommenslücken in skandinavischen Ländern und in Frankreich immer noch beunruhigend hohe Indikatoren aus.

Die Grössenordnung

Österreich mit 44.9, die Schweiz mit 44.5 und Deutschland mit 45.2 GOEG-Prozent (im Jahr 2014) liegen relativ nahe beieinander. In der Schweiz arbeiten Frauen im Erwerbsalter bezahlt und unbezahlt ungefähr gleich viele Stunden wie Männer. Und trotzdem verfügen sie nur über etwas mehr als die Hälfte der Einkommen der Männer. Grob auf das Arbeitnehmer*innen-Entgelt² des Jahres 2014 umgerechnet, verdienten Frauen in der Schweiz geschätzte 110 Milliarden Franken weniger als Männer. Ein riesiger Geldbetrag, der den Frauen auf ihren Lohnkonti und bei den Gutschriften der AHV und Pensionskassen fehlt. Jedes Jahr! Er entspricht dem fünfeinhalbfachen der Einnahmen aus den direkten Steuern der Unternehmen oder einem Drittel der Konsumausgaben der Haushalte. Das ist ungeheuerlich viel. Dazu kommen noch die Einkommenslücken bei den Renten. Die GGAU-Einkommenslücken ist entscheidend für die niedrigen Renten der Frauen. Während durch die Betreuungsgutschriften der AHV die AHV-Renten

Mascha Madörin ist Ökonomin und arbeitet seit über 10 Jahren zur politischen und sozialen Ökonomie der Sorge- und Versorgungswirtschaft. Sie versucht vor allem die ökonomischen Dynamiken dieses Wirtschaftssektors im Zusammenhang mit der ganzen Wirtschaft zu verstehen und tauscht sich darüber in einer AG für feministische Makroökonomie (D, AT, CH) aus.

von Frauen und Männern fast gleich hoch sind, beträgt die Rentendifferenz bei der zweiten Säule über 60 Prozent!

Nur der kleinste Teil ist ein Politikum

In der Schweiz ist diese GGAU-Statistik kein Thema. Die entsprechende Statistik findet sich bei Eurostat (code tegges01), nicht beim Bundesamt für Statistik, obwohl dieses über die Grunddaten dazu ebenfalls verfügen würde. Hingegen ist, wie in anderen europäischen Ländern, der durchschnittliche Gender Pay Gap (GPG, unbereinigter Lohnunterschied)³ ein Thema von Frauenorganisationen. Es handelt sich um einen Indikator (Schweiz 2014: 19.5 Prozent), aufgrund dessen das Datum des Equal Pay Day festgelegt wird. Der Indikator berechnet sich aus dem prozentualen Unterschied zwischen dem durchschnittlichen Stundenlohn der Frauen verglichen mit demjenigen der Männer, während in den GGAU auch die Unterschiede beim Grad der Erwerbstätigkeit mit eingerechnet sind.

Der Gender Pay Gap zwischen Männern und Frauen macht in der Schweiz rund ein Viertel der 110 Milliarden

Franken der GGAU aus. Von den grob berechneten 28 Mrd. Franken gelten rund 12 Mrd. Franken als nicht erklärte Lohnunterschiede. Dabei handelt es sich um Lohnunterschiede, die mit ökonomischen Faktoren nicht erklärbar sind, jedenfalls statistisch nicht. Sie machen in der Schweiz rund 11 Prozent der gesamten Einkommenslücke aus. Sie gelten als Annäherung der Quantifizierung der juristisch definierten «Lohndiskriminierung».

Der grösste Teil der gesamten Einkommenslücke – im Fall der Schweiz rund 83 Mrd. Franken (2014) – muss auf die Unterschiede bei der Beschäftigungsquote von Männern und Frauen zurückgeführt werden, respektive auf die Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit. In der Schweiz liegt der monetäre Wert⁴ der unbezahlten Care-Arbeit (Hausarbeit, Betreuung und Unterstützung von Kindern und Kranken, Unterstützung in anderen Haushalten), die Frauen *mehr* leisten als Männer ziemlich genau bei dieser Einkommenslücke. Das schweizerische Bundesamt für Statistik berechnet den monetären Wert der Care-Arbeit zu den marktüblichen Arbeitskosten, also zu relativ niedrigen Ansätzen. Und trotzdem würde eine

Bezahlung allein dieser Mehrarbeit der Frauen dazu führen, dass rund *die* drei Viertel der Einkommenslücke verschwinden würden, die nicht auf den Gender Pay Gap zurückzuführen sind.

Grenzen der bisherigen Gleichstellungspolitik?

Die übliche wirtschaftspolitische Antwort auf die Einkommenslücke lautet, dass mehr öffentlich finanzierte Kindertagesstätten zur Verfügung gestellt werden müssten, ebenso wesentlich bessere und öffentlich finanzierte Pflege zuhause. Das würde den Frauen erlauben, mehr Erwerbsarbeit zu leisten – falls es genügend Arbeitsplätze gibt. Bisher unbezahlte Arbeit würde bezahlt. Es wäre ein Riesenerfolg für die Gleichstellung der Frauen in der Schweiz, würden wir auf diese Weise die Einkommenslücke von Schweden erreichen. Schweden hat ein gut ausgebautes öffentliches Netz für Kinderbetreuung, Pflege und Unterstützung zuhause. Ebenso ist die Erwerbsarbeit von Frauen gesellschaftlich anerkannt und erwünscht.

Aber der Fall Schweden mit einem GGAU-Index von 26.2 Prozent zeigt auch die Grenzen der bisherigen Gleichstellungspolitik. Umgerechnet auf das

- 1 In Englisch *Gender Overall Earnings Gap (GOEG)*. Beim GGAU handelt es sich um einen Mischindex, der je nach Land sehr unterschiedlich zusammengesetzt sein kann. Eurostat hat die Zahlen für die GGAU in der Schweiz revidiert, das hat frühere Frankenberechnungen leicht erhöht: www.bit.ly/2THgNg5.
- 2 Die Daten des hier verwendeten Arbeitnehmer*innen-Entgelts sind der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung entnommen. Das Arbeitnehmer*innen-Entgelt enthält die Einkommen von selbständig Erwerbenden (nicht aber z.B. Stundenlöhne für Putzfrauen oder z.B. Stundenhonorare, also auch von nicht fest Angestellten). Der GGAU-Frankenbetrag ist also zu tief geschätzt. Gleichzeitig enthält die Schätzung der GGAU-Einkommenslücke auch das Arbeitnehmer*innen-Entgelt von über 65-Jährigen. Das heisst, dieser Teil ist zu hoch geschätzt. Die beiden Berechnungsfehler kompensieren sich, aber wie stark ist unklar.
- 3 Der Gender Pay Gap (unadjusted), der unbereinigte Lohnunterschied, berechnet sich aus dem Unterschied zwischen durchschnittlichen Stundenlöhnen von Männern und Frauen.
- 4 Berechnet vom schweizerischen Bundesamt für Statistik: www.bit.ly/2Jiq8pP.

Arbeitnehmer*innenentgelt der Schweiz würde sich die Einkommenslücke auf 57 Mrd. Franken belaufen. Diese Summe ist immer noch *sehr* gross. Sie bedarf einer Erklärung, die es noch nicht gibt. Schweden zeigt auch, dass der GPG seit den 1980er-Jahren auf einem vergleichsweise tiefen Niveau stagnierte und seit zehn Jahren um 3 Prozentpunkte auf 13.3 Prozent stabil bleibt. In Frankreich, mit einer ähnlich gut ausgebauten Care-Infrastruktur wie Schweden und zudem einer 35-Stunden-Woche, ist der GGAU-Index

sogar noch etwas grösser als für Schweden, nämlich 31 Prozent. Ebenso bemerkenswert sind die Niederlande mit einem enorm grossen GGAU-Index von 47.5 Prozent. Die Niederlande verfolgen seit den 1990er-Jahren eine Arbeitspolitik, die Teilzeitarbeit von Vätern aktiv – auch mit Gesetzen – unterstützt. Väter haben ein Recht auf Teilzeit. Aber trotzdem ist die Einkommenslücke in den Niederlanden grösser als in der Schweiz. Zwar hat die Zahl der erwerbstätigen Frauen in den Niederlanden seit den 1990er-Jahren enorm zugenommen. Aber mit der Umverteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit zwischen Männern und Frauen hat es trotzdem kaum geklappt. Es wäre an der Zeit, die letzten rund dreissig Jahre Erfahrung mit Gleichstellungspolitik verschiedener Länder zu vergleichen und zu versuchen, die unterschiedlichen Entwicklungen der Gleichstellungspolitik und ihre (Miss-)Erfolge zu verstehen.

Das Ganze anders und neu diskutieren

Während Frauenorganisationen in der Schweiz vor allem den Gender Pay Gap öffentlich anprangern, thematisieren Parteien, falls überhaupt, vor allem die

Lohndiskriminierung, also ein Zehntel der tatsächlichen Einkommenslücke. Aber selbst da ist von der volkswirtschaftlichen Bedeutung der Lohndiskriminierung nicht die Rede, bei niemandem. Prozentzahlen klingen harmloser als Frankenbeträge – das ist offensichtlich.

Kurzum, es fehlen Analysen volkswirtschaftlicher Zusammenhänge und wirtschaftspolitische Debatten über die gesamte Einkommenslücke.⁵ Sie wären für eine ernsthafte Politik der Angleichung der Einkommen von Frauen und Männern von grosser Bedeutung.

5 Mehr Argumente dazu finden sich in: Madörin, Mascha: Die kleingerechnete Ungerechtigkeit. Neue Zahlen zu den Einkommenslücken zwischen den Geschlechtern, in: Widerspruch 71, Zürich 2018. S. 117-128.

L'écart global de revenus du travail

TEXTE: MASCHA MADÖRIN ◦

Dernièrement, Eurostat a calculé un pourcentage exprimant l'écart global de revenu existant entre les femmes et les hommes dans le cadre d'un travail rémunéré. Ce calcul prend en compte la différence de revenu (gender pay gap), par heure de travail, entre les hommes et les femmes, mais également la différence de taux d'activité. Les résultats relatifs à cet écart global de revenus du travail en fonction du genre (EGRT)¹ sont choquants, ce pour deux raisons:

1. Ils sont scandaleusement hauts, en particulier dans des pays comme la Suisse, l'Autriche et l'Allemagne ou les Pays-Bas et le Royaume-Uni.
2. Bien qu'ils soient significativement plus bas, les indicateurs mesurant l'écart de revenu dans les pays scandinaves ainsi qu'en France affichent toujours un niveau préoccupant.

L'ampleur du phénomène

Les résultats de l'Autriche, de la Suisse et de l'Allemagne sont relativement proches, avec respectivement 44.9, 44.5 et 45.2 pour cent d'EGRT (en 2014). En Suisse, les femmes en âge de travailler effectuent à peu près le même nombre d'heures que les hommes, payées et non payées. Pourtant, elles ne disposent que d'un revenu à peine supérieur à la moitié du revenu des hommes. Si on prend comme base de calcul la rémunération des salarié-e-s² en 2014, les femmes gagnent en Suisse approximativement 110 milliards de francs de moins que les hommes. Une somme colossale, qui manque au compte de salaire, au crédit de l'AVS et de la caisse de pension des femmes, et ce chaque année! Elle équivaut à cinq fois et demie le revenu de l'impôt direct des entreprises ou à un tiers des dépenses de consommation des ménages. C'est une somme énorme. A celle-ci s'ajoutent encore les pertes de revenu au niveau des rentes vieillesse. L'EGRT a un impact déterminant sur les rentes des femmes, lesquelles sont très modes-

Mascha Madörin est économiste et travaille depuis plus de 10 ans sur l'économie politique et sociale du *care*. Elle s'intéresse principalement aux dynamiques de ce secteur économique, dans ses liens à l'économie globale. Elle partage ses recherches dans le cadre d'un groupe de travail pour la macroéconomie féministe (D, AT, CH).

tes. Si les bonifications pour tâches éducatives font que les rentes AVS des femmes et des hommes sont à peu près égales, la perte essuyée par les femmes au niveau des rentes du deuxième pilier se monte à plus de 60 pour cent !

Seule la plus petite part est un sujet politique

En Suisse, on ne parle pas de cette statistique sur l'EGRT. Celle-ci est publiée par Eurostat (code teqges01), et non par l'Office fédéral de la statistique, alors que ce dernier aurait les données de base nécessaires pour le faire. En revanche, comme dans d'autres pays européens, le Gender Pay Gap moyen (GPG, différence de salaire non ajustée)³ est une question abordée par les organisations de femmes. Il s'agit d'un indicateur (Suisse 2014 : 19.5 pour cent), sur la base duquel est déterminée la date de l'Equal Pay Day. Il est calculé à partir de la différence en pourcentage entre le salaire horaire moyen des femmes comparé à celui des hommes, alors que dans l'EGRT, la différence de taux d'activité rémunérée est intégrée.

Le Gender Pay Gap entre hommes et femmes représentée en Suisse environ un quart des 110 milliards de

francs de l'EGRT. Sur ces quelque 28 milliards, environ 12 sont considérés comme des différences salariales inexplicables. Il s'agit en réalité de différences de salaire qui ne sont pas explicables par des facteurs économiques, du moins du point de vue statistique. Elles représentent en Suisse environ 11 pour cent de l'écart global de revenu. Elles sont considérées comme une forme de traduction quantitative de la notion juridique de «discrimination salariale».

La majeure partie de l'écart global de revenu – environ 83 milliards de francs pour la Suisse en 2014 – doit être attribuée aux différences de taux d'occupation des hommes et des femmes, soit à la répartition du travail rémunéré et non rémunéré. En Suisse, la valeur monétaire⁴ du travail de *care* non rémunéré (tâches domestiques, prise en charge des enfants et assistance aux malades, assistance dans d'autres foyers), que les femmes effectuent *davantage* que les hommes, équivaut d'assez près à cette perte de revenu. L'Office fédéral de la statistique calcule la valeur monétaire du travail de *care* en se basant sur les coûts du travail du marché, donc sur des taux relativement faibles. Et pourtant, la seule rémunération

de ce travail supplémentaire effectué par les femmes permettrait de réduire d'environ *trois* quarts les écarts de revenus qui ne sont pas dus au Gender Pay Gap.

Limites de la politique de l'égalité pratiquée jusqu'ici?

La réponse politique habituelle aux écarts de revenus est de dire qu'il faut plus de crèches financées par l'Etat, de même qu'un meilleur service de soins à domicile, également financé par les pouvoirs publics. Cela permettrait aux femmes d'effectuer davantage d'activités rémunérées – s'il y a assez d'emplois. Le travail non rémunéré serait dès lors rémunéré. Ce serait un progrès immense pour l'égalité des femmes en Suisse, nous atteindrions ainsi le niveau de la Suède en matière d'écart de revenu. Ce pays dispose en effet d'un réseau public de structures d'accueil et de soins à domicile bien développé. L'activité professionnelle des femmes y est socialement reconnue et encouragée.

Mais le cas de la Suède, avec un index d'EGRT de 26.2 pour cent, montre également les limites de la politique de l'égalité menée jusqu'ici. Calculé sur la

- 1 En anglais *Gender Overall Earnings Gap*. Il s'agit d'un index synthétique, qui peut être constitué de manière très différente selon les pays. Eurostat a revu les chiffres pour l'EGRT de la Suisse, ce qui a abouti à un résultat en francs légèrement plus haut que précédemment : www.bit.ly/2THgNg5.
- 2 Les données de la rémunération des salarié-e-s calculée ici proviennent des comptes nationaux. La rémunération des salarié-e-s comprend également le revenu des personnes indépendantes (mais pas par ex. les salaires horaires des femmes de ménages ou les salaires payés à l'heure, donc les salaires qui ne sont pas liés à un emploi fixe). Le montant en francs de l'EGRT est donc sous-estimé. D'un autre côté, l'estimation de l'EGRT comprend aussi la rémunération des salarié-e*-s de plus de 65 ans. Ce qui veut dire que cette partie du calcul est surestimée. Ces deux erreurs dans l'estimation se compensent mutuellement, mais il est difficile de dire jusqu'à quel point.
- 3 Le Gender Pay Gap (unadjusted), la différence salariale non ajustée est calculée à partir de la différence entre le salaire horaire moyen des hommes et des femmes.
- 4 Etablie par l'Office fédéral de la statistique : www.bit.ly/2Jiq8pP.

base de la rémunération des employé-e*-s de Suisse, l'écart de revenu équivaldrait à 57 milliards de francs. Ce résultat reste *très* élevé et on ne parvient pas encore à l'expliquer. La Suède affiche également un GPG relativement bas et stable depuis les années 1980, lequel a diminué de 3 pour cent au cours des dix dernières années, passant à 13.3 pour cent. En France, où les infrastructures du *care* sont dans l'ensemble aussi bien développées et où la semaine est pourtant de 35 heures, l'index d'EGRT est même un peu plus

élevé qu'en Suède, se montant à 31 pour cent. Les Pays-Bas ne sont pas en reste, avec un index d'EGRT très élevé, soit de 47.5 pour cent. Ce pays mène depuis les années 1990 une politique axée sur le taux d'activité, qui encourage activement – aussi avec des lois – le travail à temps partiel des pères. C'est un droit dont ces derniers bénéficient. Malgré cela, l'écart salarial est encore plus important aux Pays-Bas qu'en Suisse. Certes, le nombre de femmes actives professionnellement a considérablement augmenté dans ce pays depuis les années 1990. Mais la redistribution du travail rémunéré et non rémunéré entre hommes et femmes n'a pas vraiment eu lieu. Il serait temps de comparer l'expérience des différents pays en matière de politique d'égalité au cours de ces 30 dernières années et d'essayer de comprendre l'évolution de ces différentes politiques ainsi que les raisons de leur succès ou de leur échec.

Nous devons repenser l'ensemble, autrement

Tandis qu'en Suisse les organisations de femmes s'appliquent principalement à dénoncer le Gender Pay Gap, les partis thématisent majoritairement – si

encore ils le font – la discrimination salariale, soit un dixième de l'écart de revenu effectif. Mais même là, personne ne parle des répercussions économiques de la discrimination salariale. De toute évidence, les chiffres exprimés en pourcentages ont l'air plus inoffensifs que les montants exprimés en francs.

En bref, il manque une analyse des interdépendances économiques et un débat de politique économique sur l'écart salarial global.⁵ Ces éléments sont fondamentaux, si l'on veut mener une politique de l'égalité entre les femmes et les hommes qui soit sérieuse.

⁵ Pour plus d'arguments sur le sujet, cf. Madörin, Mascha: Die kleingerechnete Ungerechtigkeit. Neue Zahlen zu den Einkommenslücken zwischen den Geschlechtern, in: Widerspruch 71, Zürich 2018. P. 117-128.

Eine feministische Perspektive

TEXT: ANJA PETER

Meine Mutter hat ihr Leben lang gearbeitet; viele Jahre als Primarlehrerin, als Mutter und Hausfrau, als Musikschulleiterin und als Musiklehrerin. Sie hat zwei Kinder allein grossgezogen und ist heute aktive Grossmutter von fünf Enkelkindern. Sie ist 67 Jahre alt und arbeitet weiterhin als Musiklehrerin, mit dem Ziel, sich ein Altersguthaben anzusparen, das ihr hoffentlich bald die Auszahlung einer monatlichen Rente von 3000 Franken ermöglicht. Die Geschichte meiner Mutter steht exemplarisch für die Geschichte vieler Frauen, die ihr Leben lang arbeiten und im Alter dennoch nur über ein sehr bescheidenes Renteneinkommen verfügen.

40 Prozent weniger Rente für Frauen

Die Rentnerinnen in der Schweiz beziehen eine durchschnittliche Altersrente von 2764 Franken im Monat, die Rente der Männer beträgt monatlich 4396 Franken. Die Renten der Männer sind also fast 40 Prozent höher als diejenigen der Frauen. Gesamthaft macht das 19'585 Franken weniger Rente pro Jahr für jede

Rentnerin.¹ Eine eindrückliche Summe, welche die Benachteiligung von Frauen im Altersvorsorgesystem der Schweiz deutlich zum Ausdruck bringt. Weshalb ist das so?

Die Biografie bestimmt die Höhe der Altersrente

Unsere Altersvorsorge setzt sich aus drei Säulen zusammen: Die erste Säule, die AHV, ist für viele, vor allem für viele Frauen, die wichtigste Quelle der Altersrente. Sie ist die solidarische Volksversicherung und kennt einen starken Umverteilungsmechanismus. Rentenansprüche aus der AHV entstehen durch Beitragszahlungen der Versicherten und Arbeitgebenden. Anders als in der zweiten Säule, den Pensionskassen, sind in der AHV auch nichterwerbstätige Personen versichert. Zudem werden Personen mit Erziehungs- und Betreuungspflichten in der AHV Gutschriften angerechnet.

Die Rentenansprüche aus der zweiten Säule entstehen ebenfalls aus Beitragszahlungen. Im Gegensatz zur AHV sind die Pensionskassen aber keine

Anja Peter ist Historikerin und schrieb ihre Masterarbeit über die 10. AHV-Revision. Sie lebt mit ihren drei Kindern und ihrem Mann in Bern und arbeitet als Mutter, Hausfrau und in einer Teilzeitanstellung als Projektleiterin. Sie engagiert sich bei Wide Switzerland und für den Frauenstreik 2019.

Volksversicherung. Erwerbstätige sparen mit Beiträgen aus dem eigenen Erwerbseinkommen ein eigenes Altersguthaben an. Wer viel verdient, bezahlt viel in die Pensionskasse ein und erhält eine entsprechende Altersrente. Teilzeitbeschäftigung, Erwerbsunterbrüche und tiefe Einkommen wirken sich also direkt auf die Höhe der Renten aus. Das private Sparen in der dritten Säule setzt ein Einkommen voraus, das Sparen überhaupt möglich macht. Für die Renten der Frauen hat die dritte Säule denn auch nur eine marginale Bedeutung.

Diese kurze Darstellung unseres Vorsorgesystems dient dazu, aufzuzeigen, dass mehrere Faktoren für die Höhe der Altersrente entscheidend sind: die Dauer der Erwerbstätigkeit, Dauer und Anzahl von Erwerbsunterbrüchen, der Beschäftigungsgrad und die Höhe des Einkommens. Aber auch der Zivilstand und die Verteilung der unbezahlten Haus- und Familienarbeit haben Einfluss auf die Höhe der Rente.

Gleich viel Arbeit, 40 Prozent weniger Rente

Frauen leisten gemessen am gesamten Arbeitsvolumen in der Schweiz gleich viele Arbeitsstunden wie

Männer, erhalten aber fast 20'000 Franken weniger Rente pro Jahr. Das bedeutet, dass ein wesentlich grösserer Anteil der Arbeitsstunden von Frauen nicht oder nur ungenügend rentenbildend ist, weil er entweder unbezahlt geleistet wird oder im Vergleich zu Männerlöhnen viel tiefer entlohnt ist. Gesamthaft verfügen Frauen im Jahr über rund 108 Milliarden Franken weniger Einkommen als Männer.²

Die Einkommenslücke, die entscheidend für die Höhe der Altersrente ist, setzt sich folgendermassen zusammen: Pro Erwerbsarbeitsstunde verdienen Frauen rund 20 Prozent weniger als Männer. Ein Viertel der Einkommenslücke ist also auf den Gender Pay Gap, auf die Differenz zwischen Bruttolöhnen von Männern und Frauen, zurückzuführen. Der weitaus grössere Teil der Einkommenslücke, drei Viertel oder rund 80 Milliarden Franken im Jahr, hat jedoch mit der Verteilung der unbezahlten und bezahlten Arbeit zu tun. Dieser Teil der Einkommenslücke drückt aus, dass Frauen zu einem viel grösseren Anteil unbezahlte Arbeit leisten als Männer. Und das ist Arbeit, die bei der Berechnung der Rente eine nur ungenügende Rolle spielt.

- 1 Fluder, Robert; Salzgeber, Renate; von Gunten, Luzius; Kessler, Dorian; Fankhauser, Regine: Gender Pension Gap in der Schweiz. Geschlechtsspezifische Unterschiede bei den Altersrenten. Bern, 2015. S. 26.
- 2 Madörin, Mascha: Die kleingeredete Ungerechtigkeit. Neue Zahlen zu den Einkommenslücken zwischen den Geschlechtern, in: Widerspruch 71, Zürich 2018. S. 117-128.
- 3 Fluder; Salzgeber; von Gunten; Kessler; Fankhauser. S. 26.

Seit der 10. AHV-Revision werden das Aufziehen von Kindern und das Pflegen von Angehörigen zuhause in der AHV in Form von Gutschriften rentenrelevant versichert. Die Gutschriften in der AHV sind eine Art Pauschale für die Betreuung von Kindern (Erziehungsgutschrift) und pflegebedürftigen Erwachsenen (Betreuungsgutschrift). Es wird dabei ein jährliches fiktives Einkommen an die AHV angerechnet, ein fixer Betrag in Höhe der dreifachen jährlichen Minimalrente. Die Erziehungsgutschriften erfolgen automatisch für jedes Kind unter 16 Jahren. Die Betreuungsgutschriften müssen beantragt werden. Erziehungs- und Betreuungsgutschriften sind nicht kumulierbar. Eine Praxis, die von Frauenorganisationen immer wieder kritisiert wird, weil sie an der Lebensrealität von Frauen, die sich häufig gleichzeitig um Kinder und pflegebedürftige Angehörige kümmern, vorbeizieht.

Die grosse Errungenschaft der 10. AHV-Revision

Die Forderung nach guten und lebenswürdigen Renten ist eine alte feministische Forderung. Der Systemwechsel in der AHV, der den Frauen im Parlament im

Jahr 1997 gelungen ist, kommt denn auch einer Sensation gleich: Seit der 10. AHV-Revision werden die gesellschaftlich unverzichtbaren Erziehungs- und Betreuungsarbeiten in die Berechnung der Renten einbezogen. Gleichzeitig wurde die Ehepaarrente durch zwei Einzelrenten ersetzt und Ehepaare werden seither durch das Splitting gegenseitig je hälftig an ihren Beiträgen beteiligt. Kommt es zur Scheidung, stehen Ehefrauen somit nicht mehr ohne AHV-Rente da. Ausserdem werden die Gutschriften im Scheidungsfall in der Regel jener Person angerechnet, welche die Obhut für die Kinder übernimmt.

Die Benachteiligung von Frauen wurde damit mindestens für die AHV fast behoben. Bei der AHV beträgt denn der Rentenunterschied dank der Einführung der Gutschriften und des Splittings lediglich 2.7 Prozent, bei der zweiten Säule sind es 63 Prozent.³ Die massiven Unterschiede bei den Renten der Pensionskassen zeigen, wie wichtig solche Gutschriften im heutigen System auch für die Pensionskassen wären. Gleiche Renteneinkommen für Frauen bedingen ein Altersvorsorgesystem, das unbezahlte Arbeit berücksichtigt.

Im postpatriarchalen Durch_einander

TEXT: INA PRAETORIUS

Am 14. Juni 2019 werden die Frauen* in der Schweiz streiken, wie damals 1991, als das Motto hiess: «Wenn frau will, steht alles still.» Ich erinnere mich: Meine Tochter war zwei Jahre alt. Ich liess den Haushalt und die Arbeit an meiner Dissertation zum Menschen- und Frauenbild in der Ethik, die am 27. Februar 1990 von der Theologischen Fakultät Zürich abgelehnt worden war, einen Tag lang liegen, demonstrierte von Stadelhofen bis Helvetiaplatz und diskutierte danach im Theater am Neumarkt. Worüber, das weiss ich nicht mehr.

Was ist überhaupt ein Streik?

Das *Evangelische Soziallexikon* aus dem Jahr 1980 verweist mich aufs Stichwort «Arbeitskampf». Im entsprechenden Artikel ist von Gewerkschaften die Rede, vom Recht der Arbeitgeber auf Aussperrung, von Bummel- und Sitzstreiks in Industriebetrieben. Einen Frauenstreik gibt es nicht. Arbeit ist definiert als Lohnarbeit, Streik als deren Verweigerung mit dem Ziel, Verbesserungen für die Belegschaft im kapita-

listischen Betrieb zu erreichen. Dafür gibt es aber im *Evangelischen Soziallexikon* einen langen Artikel zum Stichwort «Frau». Auf vier Seiten ist von Familie und Geburtenregelung, von Schöpfungsordnung und Diakonissen die Rede, und ein bisschen von Gleichberechtigung. Zwischen «Manipulation» und «Manteltarif» hingegen fehlt das Stichwort «Mann».

Drei Jahre später schreibt Ilona Ostner im *Frauenhandlexikon*: «Die Idee eines Frauenstreiks [...] findet sich recht früh in Aristophanes' Komödie *Lysistrate* (411 v.Chr.). [...] Historisch betrachtet haben sich Frauen seit den Anfängen der Industrialisierung zu gemeinsamen Aktionen zusammengefunden entweder als Lohnarbeiterinnen im Betrieb oder [...] als Haushaltsmitglieder, von denen täglich die fertige Mahlzeit, die saubere Wäsche und Wohnung erwartet wird.»¹

Eine etymologische Erklärung finde ich im *Duden Herkunftswörterbuch*: «Das zugrundeliegende englische Verb *engl. to strike* [...] bedeutet: [...] streichen; schlagen. Es ist mit *dt. streichen* verwandt: [...] die

Ina Praetorius, geboren 1956 in Karlsruhe (D), Dr. der Theologie, Germanistin und konfessionslose Theologin, lebt seit 1987 als freie Autorin und Referentin im Toggenburg. Im Dezember 2015 hat sie den Verein WiC (Wirtschaft ist Care) mitbegründet. Weitere Informationen zur Autorin: www.inapraetorius.ch.

Arbeit streichen».² Zu streiken bedeutet demnach unabhängig vom Kontext: die Arbeit ruhen lassen. Wozu? Zum Beispiel um ex negativo sichtbar zu machen, dass diese Arbeit existiert.

Von der «Rolle der Frau» zur «toxischen Männlichkeit»

Seit den 1980er-Jahren hat sich einiges bewegt: Ausser in den Religionen hat man es aufgegeben, die «Stellung der Frau» zum Thema zu machen, diskutiert stattdessen über «toxische Männlichkeit». Viele scheinen verstanden zu haben, dass die Diskurskonstellation, an die man uns über Jahrhunderte gewöhnt hat, kollabiert ist: Der vermeintlich neutrale archimedische Punkt, von dem aus man jahrhundertlang «Weiblichkeit» definiert hat, während Männer die eigene Partialität hinter dem Herrgott, der Vernunft, wissenschaftlicher Objektivität oder staatlichem Gesetz verbargen, hat sich aufgelöst. Wir sind ins postpatriachale Durch_einander³ geraten.

Für den 14. Juni 2019 bedeutet das: Aus dem Frauenstreik wird ein Frauen*streik – mit Genderstern. Denn mit der androzentrischen Konstellation ist

auch die Idee zerbrochen, es gebe zwei und nur zwei Geschlechter, von denen das eine dem anderen begreiflich zu machen versucht, wo, ausser in der medial permanent grell beleuchteten Erwerbswirtschaft, auch noch gearbeitet wird, und wie existenziell die aufgeblasene Veranstaltung, die sich fälschlicherweise «Ökonomie» nennt, auf die unbezahlten Tätigkeiten angewiesen ist. Seit 1997 erhebt nämlich auch das Schweizer Bundesamt für Statistik, wie viele andere entsprechende Ämter weltweit, die Daten zur Wertschöpfung in Haushalten, mit diesem Ergebnis:

«9,2 Milliarden Stunden sind im Jahr 2016 in der Schweiz unbezahlt gearbeitet worden. Das ist mehr als für bezahlte Arbeit aufgewendet wurde (7,9 Milliarden Stunden). Die gesamte im Jahr 2016 geleistete unbezahlte Arbeit wird auf einen Geldwert von 408 Milliarden Franken geschätzt. Die Frauen übernehmen 61,3% des unbezahlten Arbeitsvolumens, die Männer 61,6% des bezahlten Arbeitsvolumens.»⁴

Angesichts solcher Zahlen haben sich die «weiblichen» Einstellungen des verzweifelten Bittens und des wütenden Forderns, die im Jahr 1991 noch überwogen hatten, erübrigt. Womit Frauen* heute

konfrontiert sind, ist nicht mehr der arrogante oder paternalistisch-herablassende Herr, der sich seiner Überlegenheit gewiss ist, sondern ein ausgehöhltes Patriarchat in Schockstarre. Von April bis Oktober 2018 zum Beispiel hat sich der Verein WiC⁵ bemüht, einen wirtschaftswissenschaftlichen Fachbereich für die Organisation runder Tische zur Zukunft der care-zentrierten Ökonomie zu gewinnen. Drei Fachbereiche haben ihr Desinteresse, acht ihre Inkompetenz bekundet. Die wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Universität Zürich hat bis heute nicht geantwortet.⁶ Der erste runde Tisch zur Zukunft der care-zentrierten Ökonomie hat am 25. Januar 2019 in der Fachhochschule St. Gallen stattgefunden,⁷ typischerweise in Zusammenarbeit mit einem Fachbereich für Soziale Arbeit.⁸ Weitere runde Tische werden folgen. Die Ökonom*innen werden früher oder später dabei sein müssen.

Arbeit streichen für das gute Leben aller

Wie schon der Frauenstreik 1991 wird auch der Frauen*streik 2019 dezentral organisiert sein. Ein gemeinsames Motto oder eine zentrale Forderung

sind glücklicherweise nicht zu erkennen. Die Webseiten der regionalen Streik-Komitees sind ebenso unabhängig voneinander wie kreativ in den Reflexions- und Ausdrucksformen. Das ist sehr gut so. Denn der Frauen*streiktag 2019 findet im postpatriarchalen Durch_einander statt, ohne fixes Programm, aber in der Gewissheit, dass ein gutes Leben im grosszügigen und begrenzten Lebensraum Welt für Milliarden menschliche Würdeträger*innen möglich ist, wenn alle sich als care-abhängig und frei zugleich erkennen und niemand über die Verhältnisse aller lebt.

1 Ostner, Ilona: Streik, in: Beyer, Johanna; Lamott, Franziska; Meyer, Birgit (Hg.): Frauenhandlexikon. Stichworte zur Selbstbestimmung. München, 1983. S. 287-289.

2 Duden. Das Herkunftswörterbuch. Mannheim 1963. Artikel «Streik».

3 Vgl. Praetorius, Ina: Wirtschaft ist care. Oder: Die Wiederentdeckung des Selbstverständlichen. Berlin, 2015. S. 45-55 und passim.

4 www.bit.ly/2P1WWRr

5 www.wirtschaft-ist-care.org

6 www.bit.ly/2WUbePE

7 www.bit.ly/2RX9GKA

8 www.bit.ly/2Cs43iy

Unternehmenspolitik im Neoliberalismus

TEXT: MARTINA PEITZ

Seit etwa zwei Jahrzehnten lässt sich in der Schweiz ein durch Wirtschaft, Politik und Gleichstellungsfachstellen geförderter Trend zur Familienfreundlichkeit von Unternehmen beobachten (Peitz/Liebig 2016). Angesichts des demografischen Wandels und eines empfundenen wachsenden Bedarfs an qualifizierter Arbeit sollten zunächst vor allem (gut ausgebildete) Mütter nach der Geburt ihres Kindes für den Betrieb erhalten werden. Mittlerweile steht auch die junge Generation («Y», «Z») mit neuen, ganzheitlichen Orientierungen in Bezug auf Arbeit und Privatleben im Blickfeld. Familienfreundliche Massnahmen gelten dabei nicht länger als «soziale Wohltat, sondern als zentrales Element einer effizienten Personalpolitik» (Prognos AG 2010). Sie werden als Investition in Humankapital und als Wettbewerbsfaktor im Kampf um knappe Arbeitskräfte gehandelt. Anstelle der Chancengleichheit, der Aufhebung der Diskriminierung von Frauen oder der Aufwertung von Sorgearbeit als Werte an sich, wird der wirtschaftliche Nutzen betont – ein Trend auch in der Schweizer Gleichstellungspolitik.

Mit diesem Zuckerbrot sollen die Chancen für die Umsetzung von Gleichstellungsmassnahmen auf betrieblicher Ebene erhöht werden (Lanfranconi 2014).

Familienfreundliche Massnahmen kommen zwar Bedürfnissen nach einer flexiblen Gestaltung von Arbeits- und Lebenszeit entgegen; gleichzeitig stehen sie für wachsende Verfügbarkeitsansprüche, die Aufhebung von Grenzen zwischen Berufs- und Privatsphäre und damit für Zeitnot und Stress. Wie sieht also Familienfreundlichkeit im betrieblichen Alltag aus? Im Folgenden soll ein Augenschein auf neun mittelgrosse und grosse Schweizer Unternehmen genommen werden, die sich Familienfreundlichkeit und/oder die Förderung neuer flexibler Arbeitsmodelle auf die Fahne geschrieben haben und die 2013/2014 Gegenstand einer Studie waren.

Blick hinter die Kulissen

Interviews mit insgesamt 15 Expert*innen – Mitglieder von Geschäftsleitungen, HR-Verantwortliche sowie Gleichstellungs- und Diversity-Beauftragte –

Dr. Martina Peitz ist Soziologin mit einem Schwerpunkt in der Geschlechterforschung. 2013 bis 2015 forschte sie als Wissenschaftliche Mitarbeiterin im SNF-Projekt «Familienfreundliche Organisationen und Vaterschaft. Voraussetzungen, Barrieren und Effektivität von Massnahmen». Derzeit engagiert sie sich in der Arbeitsgruppe TransforMen (Transformationen von Männlichkeiten), einem Netzwerk der Männer- und Männlichkeitsforschung in der Schweiz.

zeigen, dass betriebswirtschaftliche Motive im Vordergrund stehen. Die Möglichkeit, Teilzeit, flexibel oder von zuhause aus zu arbeiten, aber auch Angebote wie eine Kinderkrippe und Vaterschaftsurlaub sollen die Attraktivität der Arbeitgebenden erhöhen.

Die schönen Angebote haben allerdings einen Haken: Die informellen, auf Leistung und Wettbewerb ausgerichteten betrieblichen Strukturen werden damit kaum verändert. Den Beschäftigten wird ein hohes Mass an Selbstverantwortung und Selbststeuerung abverlangt, wobei der Fokus auf hochqualifizierten Arbeitskräften («High Potentials») liegt – das Stichwort heisst hier «Führen mit Zielen»: Leistung soll sich weniger an Präsenz und fixen Arbeitszeiten, sondern an Ergebnissen messen (und honorieren) lassen. Dies erlaubt zwar eine flexiblere Gestaltung von Arbeitszeit und -ort, bedeutet aber auch, dass die Verantwortung über Zeitmanagement und Arbeitsorganisation auf Vorgesetzte, Teams und einzelne Individuen abgewälzt wird. So besteht bei einer Reduktion des Arbeitspensums nicht nur das Risiko, nicht mehr weiterbefördert zu werden, sondern auch die Gefahr, dass der Workload gleich bleibt und/oder

dass das Team stärker belastet wird. «Wenn das Team das Gefühl hat, dass die Teilzeit auf dem Rücken der anderen Mitarbeiter ausgelebt wird, [...] dann kommt es nicht gut» (Geschäftsleitungsmitglied Industrie). Gerade bei Projektarbeit wird Teilzeit kritisch gesehen, da ein erhöhter Koordinationsaufwand befürchtet wird. Kund*innen sollen lückenlos bedient werden können. Für Vorgesetzte heisst dies, dass sie angesichts hoher Arbeitsbelastung und knapper Personalressourcen eine «Gratwanderung» zu meistern haben. Mitarbeitende müssen sorgfältig abwägen, ob sie Forderungen geltend machen können. Dies verlangt Verhandlungsgeschick und Selbstbewusstsein, bis hin zum «Pokern»: «Da spüren wir jetzt wirklich eine Veränderung, besonders bei den sehr gut ausgebildeten Leuten, die arbeitsmarktfähig sind und die genau wissen: Da gibt es mittlerweile Arbeitgeber, die mich auch mit so einem Pensum nehmen würden. Vielleicht pokern sie auch damit, weil sie wissen, dass sie gut sind» (Stv. Personalleiterin, Bank). Geboten werden massgeschneiderte Pakete anstelle von allgemeinen Regulierungen. Dies bedeutet für sorgverantwortliche Mitarbeitende fehlende Verbindlichkeit

und Unsicherheit. Oft entscheidet die Haltung der Vorgesetzten. Überdies zementiert Familienfreundlichkeit in den Betrieben die asymmetrische Aufteilung von Sorge- und Erwerbsarbeit zwischen den Geschlechtern sowie Geschlechterstereotype. Teilzeit wird eng mit Mutterschaft verknüpft, während bei Männern nicht angenommen wird, dass sie bei Elternschaft berufliche Verpflichtungen reduzieren. «Bei den Frauen ist es selbstverständlich, da sagt man ja, super, du kommst wieder zurück, das Know-how bleibt erhalten. Bei den Männern scheint es noch nicht so gedacht zu werden» (HR-Managerin Industrie). Väter, die Teilzeit arbeiten, werden oft stigmatisiert und «komisch» angeschaut. Die Möglichkeit, die Arbeit flexibel einzuteilen oder von zuhause aus zu arbeiten, wird als wichtigster Anreiz für Männer genannt. Väterliche Fürsorge wird eher als «Lifestyle», ähnlich einem Hobby, denn als ernsthafte Sorgeverantwortung angesehen: «Aber es darf zwischen Arbeit und Freizeitgestaltung mehr Gestaltungsspielraum bestehen. Es gibt explizit keine Unterschiede, ob einer Gleitschirmfliegen geht, Golfen geht oder Kinder hüten» (Head of Human Resources, Software-Industrie).

Als Fazit bleibt, dass familienfreundliche Massnahmen für Mitarbeitende höchst ambivalent sind. Nicht alle Beschäftigten profitieren. Sorgearbeit wird zwar akzeptiert, das Einfordern gegenüber betrieblichen Ansprüchen muss jedoch oft mit Karriereachteilen (meist Mütter) oder mit einer höheren Leistungsbereitschaft erkaufte werden. «Familienfreundlichkeit» dürfte so für viele Betroffene im Alltag zur Floskel werden.

Literatur

Lanfranconi, Lucia Marina: Chancen und Risiken des Wirtschaftsnutzendiskurses in der aktuellen betrieblichen Geschlechtergleichstellungspolitik der Schweiz, in: *Swiss Journal of Sociology* 40 (2), 2014, S. 325-348.

Peitz, Martina; Liebig, Brigitte: Familienfreundlichkeit in der Schweiz – auch für Väter?, in: Liebig, Brigitte; Peitz Martina; Kron, Christian (Hg.): *Väterorientierte Massnahmen in Unternehmen und Verwaltungen der Schweiz*. Ein Handbuch. München, Mering 2016.

Prognos AG: *Betriebswirtschaftliche Kosten-Nutzen-Analyse familienfreundlicher Unternehmenspolitik*. Eine Studie bei ausgewählten Schweizer Unternehmen. Basel, 2010.

Eine historische Leerstelle

TEXT: KATHARINA HERMANN

«Die Frauen standen in den vordersten Linien, an Mut, Opferwillen und Entschlossenheit war keine zu übertreffen. [...] Habt Dank, ihr Zehntausende tapferer Kämpferinnen, euer herrliches Beispiel beseelt uns Männer mit neuer Kraft und höherem Mut! Ihr habt vor aller Welt Zeugnis abgelegt von einer prächtigen Solidarität und hohem Opfersinn. Keiner von uns hat jemals ein Recht, über euch abschätzig zu urteilen, euch als mindere Kampfgenossen zu bewerten.»¹ So beschrieben die Redakteure der Textilarbeiter-Zeitung die Beteiligung von Frauen beim Landesstreik im November 1918. Die Frauen waren nicht bloss dabei, sie standen zuvorderst und engagierten sich aktiv. Doch weder die Zeitgenossen noch die historische Forschung hielten sich an den Appell der Textilarbeiter: Die streikenden Frauen* wurden als «Kampfgenossen» schlichtweg ignoriert und verschwanden aus der Erinnerung an den Landesstreik.

Die historische Suche nach streikenden Frauen* ist erschwert, da es sehr wenig Forschung zum Thema gibt und Frauen* sowohl in der Forschung als auch

in den Quellen oft durch das generische Maskulinum unsichtbar gemacht werden. Hans Hirters Aussagen, dass in der Zeit von 1880 bis 1914 in der Schweiz 2.5% der Streiks reine Frauen*streiks und 7.5% gemischte Streiks waren, können nur unter Vorbehalt betrachtet werden, da Hirter die Uhrenindustrie, die einen hohen Frauen*anteil aufwies, aufgrund fehlender Daten aus seiner Studie ausklammerte und auch die Textilindustrie wegen der Verwendung des generischen Maskulinums bei den Berufsbezeichnungen nicht komplett einbezog. Aus Hirters Studie lässt sich aber schliessen, dass Frauen* sich bereits im 19. Jahrhundert an Streiks beteiligten, wenn auch in geringerer Zahl als Männer. Bei den reinen Frauen*streiks waren oft Ausländerinnen*, insbesondere Italienerinnen*, aktiv.² 1900 bestreikten z.B. rund 300 Grenzgängerinnen* die Tessiner Tabakindustrie erfolgreich für die Auszahlung ihrer Löhne in Schweizer Franken statt Lire. Obwohl in der Tabakindustrie viele gelernte Arbeiterinnen* tätig waren, verdienten diese weniger als die ungelerten Männer.³ Die

Katharina Hermann ist seit 2016 Doktorandin im SNF-Forschungsprojekt «Krieg und Krise: Kultur-, geschlechter- und emotionshistorische Perspektiven auf den schweizerischen Landesstreik vom November 1918» am Historischen Institut der Universität Bern. In ihrer Dissertation erforscht sie den Landesstreik aus einer frauen- und geschlechterhistorischen Perspektive.

ökonomischen Anliegen der Frauen* waren untrennbar mit dem politischen Anliegen der Lohnleichheit verknüpft.

Frauen* engagierten sich vor dem Ersten Weltkrieg sowohl bei sogenannten ökonomischen wie auch bei politischen Streiks. Beim Zürcher Generalstreik 1912 war Anny Morf als Mitglied des Zentralvorstands der Sozialdemokratischen Jugend in der Streikleitung aktiv. Gemeinsam mit einer Genossin schmuggelte Morf die Protokollbücher der Sozialdemokratischen Jugendorganisation unter ihren Rücken aus dem Volkshaus an der Polizei vorbei.⁴ Frauen* wussten ihre geschlechtsspezifischen Handlungsspielräume während der Streiks gezielt zu nutzen.

Während des Ersten Weltkriegs wurden viele Frauen* aus der Arbeiterinnen*schaft durch die Teuerung und Lebensmittelknappheit politisiert. Ab 1916 protestierten Frauen* auf den Märkten gegen die Teuerung und forderten für Arbeiterinnen* zahlbare Lebensmittelpreise. Die Frauen*proteste gegen die Not fanden ihren Höhepunkt in der grossen Hungerdemonstration vom 10. Juni 1918 in Zürich, als Frauen* Einlass in den Zürcher Kantonsrat verlangten, um

ihre Anliegen vorzutragen. Am 17. Juni 1918 war es schliesslich so weit: Zum ersten Mal durften Frauen* im Rat als Petentinnen vorsprechen. Ein historischer Tag – über 50 Jahre bevor das Frauenstimmrecht im Kanton Zürich eingeführt wurde.

Im November 1918 ereignete sich die grösste innenpolitische Krise des schweizerischen Bundesstaates: der Landesstreik. Frauen* beteiligten sich an militanten Streikaktionen wie Gleisblockaden, marschierten gemeinsam mit den Männern auf den Demonstrationen, organisierten Streikposten und versuchten die Soldaten davon abzuhalten, auf die Streikenden zu schiessen. Frauen* nahmen an den Streikversammlungen teil und organisierten zusätzlich eigene

- 1 Der Textilarbeiter, Bd. 7, Nr. 42, 23.11.1918. S.5
- 2 Hirter, Hans: Die Arbeitskämpfe in der Schweiz von 1880-1914. Eine quantitative Streikanalyse. Bern, 1989.
- 3 Joris, Elisabeth: Hartnäckig und eigensinnig. Die Frauenstreikbewegung in der Schweiz, in: Wicki, Maja (Hg.): Wenn Frauen wollen, kommt alles ins Rollen. Der Frauenstreiktag vom 14. Juni 1991. Zürich, 1991. S. 45-51.
- 4 Frei, Annette: Die Welt ist mein Haus. Das Leben der Anny Klawa-Morf. Zürich, 1991.

Frauen*versammlungen: In Zürich hielten politisch aktive Frauen* Vorträge und versuchten Unorganisierte für die Gewerkschaften und die SP-Frauen*gruppen zu gewinnen. Auch in der Lebensmittelversorgung engagierten sie sich. Im Volkshaus in Zürich richteten die Frauen* extra eine «Streiknotunterstützungskommission» ein, um die Versorgung der Ärmsten zu garantieren. Für die Schulkinder organisierten sie Nachmittagsprogramme, damit diese vor Zusammenstössen mit dem Militär geschützt wurden. Da die Schulen wegen der Spanischen Grippe geschlossen waren, kam der Kinderbetreuung eine wichtige Bedeutung zu.⁵

Im Landesstreik 1918 wurde an prominenter zweiter Stelle im Forderungskatalog das Frauenstimmrecht gefordert. Auf eidgenössischer Ebene geschah diesbezüglich aber über Jahrzehnte nichts. Erst am 1. Februar 1959 fand die erste eidgenössische Abstimmung über das Frauenstimmrecht statt. Mit einer Zweidrittelmehrheit lehnten die Schweizer Männer die politischen Rechte der Frauen* ab. Als Reaktion auf dieses Resultat beschlossen die Lehrerinnen* des Basler Mädchengymnasiums am Tag nach der Abstimmung einen Proteststreik.⁶ Da der Unterricht

ohne die Lehrerinnen* nicht durchgeführt werden konnte, wurde der Unterricht am Mädchengymnasium am 3. Februar 1959 für einen Tag eingestellt.⁷ Die Behörden missbilligten die Streikaktion der Frauen*. Die Lehrerinnen* hätten sich «politisch unklug» verhalten und seien ein schlechtes Vorbild für die Schülerinnen*. Die Basler Nachrichten kritisierten, dass sich die Lehrerinnen* mit dem Streik einer «Männerart» des Kämpfens bedient hätten. «Politische Streike sind nicht fraulicher Art. Frauenstreike aber, und grad noch Lehrerinnenstreike sind nach schweizerischem Empfinden absurd.»⁸ Streiken wurde in der Schweiz also als ein den Männern vorbehaltenes Kampfmittel angesehen.

1971 war es endlich so weit, in der Schweiz wurde auf eidgenössischer Ebene das Frauenstimmrecht eingeführt. Trotz der Erlangung des Stimmrechts blieben Frauen* weiterhin rechtlich diskriminiert. Weitere Meilensteine auf dem Weg zur rechtlichen Gleichstellung waren der am 14. Juni 1981 angenommene Gleichstellungsartikel und das 1985 revidierte Ehegesetz. Die Umsetzung des Gleichstellungsartikels ging jedoch nur schleppend voran und Diskriminierungen

blieben bestehen, insbesondere im Bereich der Lohngleichheit.⁹

Von Uhrenarbeiterinnen* im Vallée de Joux initiiert, rief eine Frauen*allianz, die über gewerkschaftliche Kreise hinausging, zum zehnjährigen Jubiläum der Annahme des Gleichstellungsartikels zum schweizerweiten Frauen*streik am 14. Juni 1991 auf. Unter dem Motto «Wenn Frau will, steht alles still!» beteiligten sich rund 500'000 Frauen* in der ganzen Schweiz an Protest- und Streikaktionen. Mit doppelt so vielen Beteiligten wie beim Landesstreik war der Frauen*streik der grösste politische Streik der Schweizer Geschichte. Die streikenden Frauen* verschafften sich mit kreativen Aktionen Sichtbarkeit für ihre Anliegen.

37 Jahre nach Annahme des Gleichstellungsartikels ist er noch immer nicht umgesetzt: Frauen* verdienen weniger und sind insbesondere in den Sozialversicherungen diskriminiert. Am 14. Juni 2019 werden in der Schweiz erneut Frauen* streiken, die Ungleichheiten anprangern und Massnahmen zur Gleichstellung fordern. «Gleiche Arbeit – gleicher Lohn» forderte Anny Morf bereits am Frauentag 1916. Bis heute hat diese Forderung nicht an Aktualität verloren.

- 5 Hermann, Katharina: Weiber auf den Geleisen. Frauen im Landesstreik, in: Rossfeld, Roman; Koller, Christian; Studer, Brigitte (Hg.): Der Landesstreik. Die Schweiz im November 1918. Baden, 2018. S. 217-240.
- 6 Schmidlin, Antonia: Frauen werden auf frauliche Art weiterkommen! Über den Basler Lehrerinnenstreik im Rahmen der Schweizer Frauenstimmrechtsbewegung, in: Krattiger, Ursa (Hg.): Randalierende Lehrerinnen. Der Basler Lehrerinnenstreik vom 3. Februar 1959. Basel, 2009. S. 19-34.
- 7 Belleville Wiss, Elfride: Wenn Frauen an der Schule Frauenpolitik machen – die Brisanz des Lehrerinnenstreiks. Was am 3. Februar 1959 am Mädchengymnasium passierte und warum, in: Krattiger: Randalierende Lehrerinnen. S. 41-59.
- 8 Basler Nachrichten vom 7. und 8.2.1959, zit. nach Schmidlin: «Frauen werden auf frauliche Art weiterkommen!».
- 9 Koller, Christian: Vor 25 Jahren. Der Frauenstreik vom 14. Juni 1991, online seit 2016: www.bit.ly/2WzRNVV

Un vide historique

TEXTE : KATHARINA HERMANN ◦

« Les femmes étaient en première ligne, leur courage, leur esprit de sacrifice et leur détermination étaient sans égal [...] Soyez remerciées, vous les dizaines de milliers de combattantes courageuses, votre merveilleux exemple nous insuffle à nous les hommes une force nouvelle et nous donne du courage ! Devant le monde entier, vous avez fait preuve d'une solidarité grandiose et d'un grand esprit de sacrifice. Aucun d'entre nous n'a le droit de vous juger avec mépris, de vous considérer comme des compagnons d'armes inférieurs ». ¹ C'est en ces termes que les rédacteurs du journal des travailleurs du textile décrivent la participation des femmes à la grève générale de novembre 1918. Les femmes ne se contentaient pas de participer, elles étaient en première ligne et s'engageaient activement. Pourtant, ni les contemporains, ni la recherche historique n'ont entendu le plaidoyer des travailleurs du textile : les femmes* en tant que « compagnons d'armes » ont été tout simplement ignorées et leur rôle dans la grève générale a été effacé des mémoires.

Retrouver la trace de femmes* ayant fait grève au cours de l'histoire s'avère d'autant plus difficile qu'il existe très peu de recherches sur le sujet et que les femmes* sont souvent, tant dans le domaine de la recherche que dans les sources, éclipsées par le masculin générique. Les affirmations de Hans Hirter doivent être considérées avec précaution : selon lui, 2.5 % des grèves effectuées en Suisse entre 1880 et 1914 auraient été exclusivement féminines et 7.5% auraient été mixtes. Or, par manque de données, Hirter a exclu de son étude l'industrie horlogère, qui employait un taux élevé de femmes*; de même, l'industrie textile n'a pas été complètement prise en compte en raison de l'utilisation du masculin générique dans la désignation des postes. Cette étude montre cependant que déjà au 19^{ème} siècle, les femmes* prenaient part aux grèves, même si elles étaient moins nombreuses que les hommes. Les grèves exclusivement féminines comptaient souvent des étrangères*, en particulier des italiennes*. ² En 1900 par exemple, environ 300 frontalières* ont fait grève avec succès, ré-

Katharina Hermann est doctorante dans le cadre du projet de recherche FNS « Guerre et crise: la grève nationale suisse de novembre 1918 abordée dans une perspective d'histoire de la culture, du genre et des émotions » à l'institut d'histoire de Berne. Dans son travail de thèse, elle étudie la grève générale du point de vue de l'histoire des femmes et du genre.

clamant que l'industrie du tabac tessinoise leur verse leur salaire en francs suisses et non en lires. Même si ce secteur employait beaucoup de travailleuses* qualifiées, celles-ci y gagnaient moins que les hommes non qualifiés. ³ Les revendications économiques des femmes* étaient inséparables de la question politique de l'égalité salariale.

Les femmes* se sont engagées avant la Première guerre mondiale tant dans le cadre de grèves dites économiques que de grèves politiques. En tant que membre du comité central de la jeunesse social-démocrate, Anny Morf a participé à l'organisation de la grève générale de 1912 à Zurich. Avec une de ses camarades, elle faisait sortir clandestinement de la Volkhaus les registres des procès-verbaux des Jeunesses socialistes en les cachant sous sa robe, au nez et à la barbe de la police. ⁴ Durant les grèves, les femmes* savaient tirer parti de la marge de manœuvre réservée à leur sexe.

Pendant la Première guerre mondiale, de nombreuses travailleuses* se sont politisées en raison de la pénurie de denrées alimentaires et de l'inflation. Dès 1916, les femmes ont protesté sur les marchés

contre la hausse des prix et ont réclamé des denrées à prix abordable pour les travailleuses*. Les protestations des femmes contre la misère ont atteint un point culminant lors de la Manifestation de la faim du 10 juin 1918 à Zurich : elles ont en effet exigé d'être reçues par le Grand Conseil zurichois pour lui présenter leurs requêtes. Le 17 juin, jour historique, elles ont enfin pu s'exprimer devant le Conseil en tant que pétitionnaires, ce plus de 50 ans avant que le droit de vote des femmes ne soit introduit dans le canton.

En novembre 1918, la plus grande crise politique qu'ait connue l'Etat fédéral suisse éclate : c'est la grève générale. Les femmes* prennent alors part à des actions de grève militantes telles que le blocus des voies ferrées, elles défilent aux côtés des hommes lors des manifestations, organisent des piquets de grève et tentent de dissuader les soldats de tirer sur les grévistes. Elles prennent part aux assemblées de grève et organisent en outre leurs propres rassemblements de femmes* : à Zurich, des femmes actives politiquement prennent la parole et tentent d'attirer les personnes qui n'étaient pas organisées dans les syndicats ou dans les groupes de femmes*

du PS. Elles se sont également occupées de l'approvisionnement alimentaire, en mettant sur pied une « commission d'aide d'urgence aux grévistes » dans la Volkshaus de Zurich, afin d'assurer l'approvisionnement des plus pauvres. Elles ont en outre organisé pour les écolier-ère-s un programme d'excursions durant les après-midis, afin de les protéger des conflits armés. Comme les écoles étaient fermées en raison de la grippe espagnole, la prise en charge des enfants était devenue cruciale.⁵

En deuxième place sur la liste des revendications de la grève de 1918 figurait le droit de vote des femmes*. Pendant des décennies cependant, rien n'a été entrepris en ce sens au niveau fédéral. Ce n'est que le 1^{er} février 1959 qu'a eu lieu la première votation fédérale concernant le suffrage féminin. A une majorité des deux tiers, les hommes suisses ont refusé aux femmes* leurs droits politiques. Pour protester contre ce résultat, les enseignantes* du gymnase de jeunes filles de Bâle ont organisé une grève le lendemain de la votation.⁶ Comme les cours ne pouvaient avoir lieu sans les enseignantes*, ceux du gymnase de jeunes filles ont été suspendus la journée du 3 février

1959.⁷ Les autorités ont désapprouvé cette grève des femmes*. Les enseignantes* auraient « manqué d'intelligence politique » et offert un mauvais exemple aux élèves. Les *Basler Nachrichten* ont reproché aux enseignantes* d'avoir eu recours, avec cette grève, à une forme de lutte « masculine ». « Les grèves politiques ne conviennent pas aux femmes. Les Suisses perçoivent comme absurdes les grèves féminines, d'autant plus lorsqu'il s'agit d'enseignantes. »⁸ En Suisse, faire grève était donc considéré comme un instrument de lutte réservé aux hommes.

Le suffrage féminin a finalement été introduit en Suisse au niveau fédéral en 1971. Malgré l'obtention de ce droit, les femmes sont restées discriminées sur le plan juridique. Parmi les avancées obtenues par la suite dans la lutte pour l'égalité des droits figurent l'article sur l'égalité du 14 juin 1981 et la révision du droit du mariage de 1985. L'application de l'article sur l'égalité ne se fait que très lentement et les discriminations perdurent, en particulier en ce qui concerne l'égalité salariale.⁹

Initiée par des ouvrières* horlogères de la Vallée de Joux, une alliance de femmes* issues notamment

des milieux syndicaux a appelé les femmes de toute la Suisse à faire grève le 14 juin 1991, soit dix ans exactement après l'adoption de l'article sur l'égalité. Sous le slogan « Les femmes bras croisés, le pays perd pied », « Wenn Frau will, steht alles still! », près de 500'000 femmes* ont pris part à la mobilisation dans tout le pays. Ayant rassemblé deux fois plus de manifestant-e-s que la grève générale de 1918, la grève des femmes* de 1991 est la plus importante grève politique de l'histoire suisse. Grâce à l'inventivité de leurs actions, les grévistes* sont parvenues à faire entendre leurs revendications.

37 ans après l'adoption de l'article sur l'égalité, celui-ci n'est toujours pas appliqué: les femmes* gagnent moins que les hommes et ont notamment une moins bonne couverture sociale. Le 14 juin 2019, les femmes* feront à nouveau grève en Suisse pour dénoncer les inégalités et exiger des mesures en faveur de l'égalité. « A travail égal, salaire égal », réclamait déjà Anny Morf lors de la journée des femmes de 1916. Une revendication qui demeure d'actualité.

- 1 Der Textilarbeiter, Bd. 7, Nr. 42, 23.11.1918. S.5 [Nous traduisons].
- 2 Hirter, Hans: Die Arbeitskämpfe in der Schweiz von 1880-1914. Eine quantitative Streikanalyse. Berne, 1989.
- 3 Joris, Elisabeth: Hartnäckig und eigensinnig. Die Frauenstreikbewegung in der Schweiz, in: Wicki, Maja (Hg.): Wenn Frauen wollen, kommt alles ins Rollen. Der Frauenstreiktag vom 14. Juni 1991. Zurich, 1991. S. 45-51.
- 4 Frei, Annette: Die Welt ist mein Haus. Das Leben der Anny Klaw-Morf. Zurich, 1991.
- 5 Hermann, Katharina: Weiber auf den Geleisen. Frauen im Landesstreik, in: Rossfeld, Roman; Koller, Christian; Studer, Brigitte (éd.): Der Landesstreik. Die Schweiz im November 1918. Baden, 2018. P. 217-240.
- 6 Schmidlin, Antonia: Frauen werden auf frauliche Art weiterkommen! Über den Basler Lehrerinnenstreik im Rahmen der Schweizer Frauenrechtsbewegung, in: Krattiger, Ursa (éd.): Randalierende Lehrerinnen. Der Basler Lehrerinnenstreik vom 3. Februar 1959. Bâle, 2009. P. 19-34.
- 7 Belleville Wiss, Elfride: Wenn Frauen an der Schule Frauenpolitik machen – die Brisanz des Lehrerinnenstreiks. Was am 3. Februar 1959 am Mädchengymnasium passierte und warum, in: Krattiger: Randalierende Lehrerinnen. P. 41-59.
- 8 Basler Nachrichten des 07-08.02.1959, cité par Schmidlin: «Frauen werden auf frauliche Art weiterkommen!» [Nous traduisons].
- 9 Koller, Christian: Vor 25 Jahren: Der Frauenstreik vom 14. Juni 1991, en ligne depuis 2016: www.bit.ly/2WzRNVV.

Im Vorzimmer der Macht?

TEXT: ELISABETH JORIS

Die Untersuchungen zu politisch aktiven Frauen der 1970er bis 1990er Jahre fokussierten bis anhin in erster Linie auf die Neue Frauenbewegung und allenfalls noch auf den Wandel der traditionellen Frauenorganisationen, sparten dabei allerdings die parteipolitisch gebundenen Frauenverbände aus. Dieses Manko hebt die vorliegende Dissertation der Berner Historikerin Fabienne Amlinger.

Fabienne Amlinger, *Im Vorzimmer der Macht? Die Frauenorganisationen der SPS, FDP und CVP, 1971-1995*. Zürich, Chronos, 2017. 410 Seiten.

Sie berücksichtigt dabei nur die Frauenorganisationen der drei Regierungsparteien SP, FDP und CVP, da die SVP keine solche Gruppierung kannte. Die von Amlinger gewählte Zeitspanne der Untersuchung von 1971 bis 1995 ist definiert über zwei für die Schweizer Politik zentrale Zäsuren: die formelle Inklusion der Schweizer Bürgerinnen ins Feld des Politischen zum

einen und die Skandalisierung der Nichtwahl von Christiane Brunner zur Bundesrätin als Ausdruck des faktisch noch immer andauernden Ausschlusses der Frauen von der politischen Macht zum andern. Erst die von Frauen erkämpfte Wahl von Ruth Dreifuss setzte der rein männlichen Zusammensetzung der Regierung ein Ende.

Mit der Verknüpfung von politik- und geschlechtergeschichtlichen Fragestellungen reiht sich die Untersuchung ein in die kulturhistorisch geprägte «neue Politikgeschichte». Zentraler Begriff dieses Ansatzes ist die Macht, die im Sinne von Foucault alle sozialen Bereiche durchdringt. Ein- und Ausschlussregeln werden über Sprache vollzogen. Dabei fragt Amlinger anlehnend an Bourdieu, ob die neu ins Feld der Politik eintretenden Frauen von den dort bereits etablierten Männern als ebenbürtig anerkannt werden und damit zu vollberechtigten Akteurinnen avancieren. Mit James Scotts Ansatz des «hidden transcripts» verweist Amlinger auf die Möglichkeiten der Frauen als den in der geschlechterspezifischen Anordnung Unterworfenen,

Elisabeth Joris, freischaffende Historikerin in Zürich, hat zahlreiche Beiträge und mehrere Bücher zum Forschungsschwerpunkt Geschlechtergeschichte im 19. und 20. Jahrhundert veröffentlicht, u. a. zu geschlechtsspezifischen Aspekten der sozialen Bewegungen, der Migration, der Entwicklung im Alpengebiet, der politischen Partizipation und der Arbeit.

versteckt Kritik an den von den Machthabenden definierten Normen, Regeln und Praktiken zu äussern. Nach James Scott besteht allerdings in «rare moments of political electricity» die Chance, dass diese Kritik in öffentlich sichtbaren Widerstand kippt. Ein solches Moment war nach Amlinger die Nichtwahl Christiane Brunners. Mit Rekurs auf «hidden transcripts» zeigt sie, wie es die Frauenorganisationen schafften, ihre politischen Vorstellungen in das von Männern dominierte Feld der Parteipolitik einzubringen, aber auch – wie im Kontext des Brunner-Skandals – öffentlich Opposition zu markieren. Grundlegend für die Studie ist Joan W. Scotts Verständnis von Geschlecht als fundamentaler analytischer Kategorie. Der lange Ausschluss der weiblichen Bevölkerung von der politischen Mitbestimmung sowie die von Männern erschaffenen normativen Settings, Werte und Praktiken formierten die institutionelle Politik der Schweiz als einen, so Amlinger, «historisch bedingte[n], hochgradig entlang der Trennlinie Geschlecht strukturierte[n] Gesellschaftsbereich». Nicht nur theoretisch, sondern auch methodisch geht die Untersuchung von heterogenen Ansätzen aus.

Mit dem Deuten und Erklären von Texten geht die Autorin historisch-hermeneutisch vor, sucht aber in den Schriften der parteieigenen Frauenorganisationen zugleich über diskursanalytische Verfahren nach dominanten Wahrnehmungs- und Deutungsmustern bezüglich Macht- und Geschlechterverhältnissen. Schliesslich ergänzen Oral-History-Interviews mit Exponentinnen der parteieigenen Organisationen den methodischen Mix.

In den drei Hauptkapiteln zu den Frauenorganisationen der SP, der FDP und der CVP wird jeweils nach der strukturellen Entwicklung, dem innerparteilichen Machtverhältnis zwischen den Geschlechtern, den thematischen Schwerpunkten und politischen Tätigkeiten sowie dem Geschlechterdiskurs gefragt. Die Geschichte der parteiinternen Stellung der Sozialdemokratinnen, die sich als erste organisierten, ist dabei die interessanteste und vielfältigste. Galten bis in die 1930er Jahre bessere Arbeitsbedingungen, die Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs und die Einführung der Mutterschaftsversicherung als wichtigste Anliegen, verengte sich der Fokus bis zum Ausbruch



des Zweiten Weltkriegs auf Themen wie Familie und Mutterschaft, um sich nach 1945 wieder zu öffnen für eine verbesserte Absicherung in der AHV, das Frauenstimmrecht und die Lohngleichheit. In der Partei selber war das Gewicht der SP-Frauen gering, zwischen 1920 und 1950 wurde an den Parteitag mit dem Frauenstimmrecht ein einziges Mal ein sogenanntes Frauenthema diskutiert. Viel einflussreicher war die Organisation auch nach 1950 nicht. Das Zusammenfallen der Einführung des Frauenstimmrechts mit den Anfängen der Neuen Frauenbewegung entfachte auch innerhalb der sozialdemokratischen Frauenorganisation eine Dynamik, die sich zu einer eigentlichen Streitkultur entwickelte. Gestritten wurde zum einen zwischen den Frauen selbst und mit den weiterhin tonangebenden

Genossen zum ändern. Das jahrzehntelange Einsteigen für das Frauenstimmrecht machte die SP 1971 attraktiv für das parteipolitische Engagement von Frauenrechtler*innen, die linken Aktionsformen und das Einsteigen für den Schwangerschaftsabbruch attraktiv für feministische Aktivist*innen. Standen die älteren SP-Frauen diesen neu in die Partei ein tretenden jungen Feministinnen eher abwartend bis ablehnend gegenüber, wurden die Frauenstrukturen durch deren Engagement längerfristig gestärkt. Der zunehmend konfrontativ geprägte Stil der SP-Frauen zwang auch die Parteileitung, sich mit dem Verhältnis von Sozialismus und Feminismus auseinanderzusetzen. Im neuen Verständnis war die unterprivilegierte Stellung der Frauen nicht mehr die Folge des Klassegegensatzes, sondern der patriarchalen Gesellschaftsstrukturen. Trotz Loyalität zur Partei scheuten sich die SP-Frauen nicht, mit Störaktionen an den Parteitag Dissens öffentlich zu machen und so bereits in den 1980er Jahren die «hidden transcripts» zu durchbrechen. Durch den demonstrierten Kampfwillen konstruierten sie sich ein Selbstbild als ebenso feministische wie fähige politische Akteurinnen im

Bourdieschen Sinn. Sie forderten allerdings nicht nur die Genossen heraus. Als einzige Frauenorganisation einer Regierungspartei propagierten sie 1991 den Frauenstreik, eine Voraussetzung für den von der Basis getragenen Druck, der zur Skandalisierung der Nichtwahl von Christiane Brunner führte.

In ihrer zusammenfassenden Konklusion verweist Amlinger mit einer kritischen Ergänzung nochmals auf die Bourdieuschen Ausführungen zum Feld der institutionalisierten Politik. Auch nach 1971 waren die formal gleichberechtigten Akteurinnen, obwohl sie sich vielfach an den normativ-diskursiven Rahmen des politischen Feldes angepasst hatten und die Spielregeln beherrschten, geschlechtsspezifischen Ungleichheiten und Herrschaftsmechanismen unterworfen. Ihre mit der vorliegenden Untersuchung belegte These lautet, dass Geschlecht selbst als eine Art Zusatzkapital fungiert. Vor 1971 war Männlichkeit eine in der Bundesverfassung verankerte Kapitalform, doch änderte sich nach der Öffnung des Feldes Politik für die Frauen an den Machtverhältnissen trotzdem nur wenig: Männlichkeit blieb eine zentrale Kapitalform. «Bourdieu's Opposition von Adaption

und Paradigmenwechsel soll deshalb um die Alternative einer längerfristigen Transformation der Regeln und Normen erweitert werden», schliesst Amlinger. Denn einen solchen Wandel hat sie bei allen von ihr untersuchten Parteien nachzeichnen können, wenn auch in unterschiedlicher Form und in unterschiedlichem Ausmass.

Weil die Untersuchung bei allen drei Organisationen die gleichen vier Schwerpunkte behandelt, kommt es zu Redundanzen. Doch erst diese gleichförmige Strukturierung der Hauptkapitel ermöglicht den Vergleich, der für die Positionierung der Frauenorganisationen und ihrer unterschiedlichen Strategien bezüglich Zugang zu den Machtpositionen von der Jahrtausendwende bis heute höchst aufschlussreich ist. So leistet die Berner Historikerin eine differenzierte und aufschlussreiche Analyse der Entwicklung nicht nur der Frauenorganisationen, sondern auch der Parteien als Ganze.

44



Adelheid Popp

TEXT: NINA SEILER

«Die gedrückte Lage aller Lohnarbeiterinnen macht es zur dringlichen Pflicht, daß endlich ein Mittel gefunden werde, mit welchem es möglich ist, alle gerechtfertigten Klagen und Beschwerden der weiblichen Arbeiter in die Öffentlichkeit zu bringen;

[...] wenn wir da müßig zusehen, so wird sich [die Lage der weiblichen Arbeiter] nie zum Besseren wenden, im Gegentheil, wir werden immer mehr getreten und ausgesogen.»¹

Diese Worte schrieb Adelheid Popp am 1. Januar 1892 in der ersten Ausgabe der Arbeiterinnen-Zeitung, deren Redakteurin sie später wurde. Ihren persönlichen Werdegang, den sie in der Autobiografie *Jugendgeschichte einer Arbeiterin* (1909) darlegt, sieht sie als Prototyp für die Emanzipation der gesamten Klasse der Arbeiter*innen.

Adelheid wurde am 11. Februar 1869 als jüngstes Kind der Familie Dvořak in Inzersdorf bei Wien geboren. Ihr Vater, von Beruf Weber, verlor die Arbeit, begann

zu trinken und die Familie zu misshandeln. Entbehrungen und Demütigungen nahmen noch zu, als der Vater starb und die Familie ins «Subproletariat» abrutschte. Nach drei Jahren unregelmässigen Schulbesuchs zog Adelheid mit der Mutter nach Wien. Die Zehnjährige musste fortan den ganzen Tag arbeiten.

Mit dem Eintritt in die Fabrik begann sich Adelheid mit der Lage der Fabrikarbeiterinnen und dem politischen Geschehen auseinanderzusetzen. An Versammlungen der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) fiel ihr auf, dass die Rede fast immer nur von den männlichen Arbeitern war. Als einmal die mangelnde Agitation unter den Arbeiterinnen thematisiert wurde, ergriff sie erstmals öffentlich das Wort – und erregte positive Aufmerksamkeit. Trotz anfänglich grosser Schwierigkeiten mit der Rechtschreibung begann Adelheid Dvořak ihre Beobachtungen zu publizieren.

Die frühen 1890er-Jahre markierten Adelheid Dvořaks gewichtigen Einstieg in die proletarische Organisation. Bereits wenige Monate nach der Gründung

- 1 Zitiert nach Saletta, Ester: Die Journalistin und Abgeordnete Adelheid Popp. Engagierte Wiener Sozialdemokratin gegen die Nazi-Ideologie, in: Kaiser, Konstantin et al. (Hg.): Rote Tränen: die Zerstörung der Arbeiterkultur durch Faschismus und Nationalsozialismus. Klagenfurt, 2017. S. 44–58.
- 2 Saletta, Ester. S. 51f.

des Wiener Arbeiterinnen-Bildungsvereins trat Adelheid diesem 1890 bei und wurde Mitglied des Vorstands. In der Fabrik hielt sie Reden, wurde verwahrt und bespitzelt. 1892 verliess sie die Fabrik und amtierte fortan als Redakteurin der Arbeiterinnen-Zeitung, einer Beilage der SDAP-Zeitung. Auch 1893 war ein ereignisreiches Jahr: Dvořak reiste als einzige Frau der österreichischen Delegation an den Kongress der II. Internationalen in Zürich und koordinierte mit der 17-jährigen Arbeiterin Amalie Ryba (Seidl) den ersten Arbeiterinnenstreik in Österreich, bei dem die 600 Textilarbeiterinnen nach drei Wochen ihre Forderungen durchsetzen konnten.

Für Adelheid Popp waren Frauenbewegung und Klassenkampf unausweichlich verschränkt – anders als für viele Sozialist*innen, die die Geschlechterfrage als den berühmten «Nebenwiderspruch» betrachteten. Popp's Engagement für die Sache der arbeitenden Frauen umfasste Überlegungen zu Liebe und Sexualaufklärung oder zum Mutterschutz. Wie selbstverständlich gehörten auch das umfassende Wahl- und Stimmrecht für Frauen sowie Gleichstellung in der Ehe zu den Forderungen Popp's. Über die

SDAP lernte Adelheid ihren Mann kennen, den Parteikassierer Julius Popp, welcher jedoch bereits 1902 starb; ihre beiden Söhne verschieden 1915 und 1925.

Seit 1904 war Popp Vorstandsmitglied der SDAP. 1911 organisierte sie den ersten Internationalen Frauentag mit und wurde nach Clara Zetkin Erste Vorsitzende des Internationalen Frauenkomitees. Mit der Einführung des Frauenstimmrechts nach dem Ersten Weltkrieg wurde sie 1918 in den Wiener Gemeinderat gewählt und 1919 zur sozialdemokratischen Abgeordneten des österreichischen Parlaments.

In ihrer Zeit als Politikerin und Redakteurin schrieb Popp gegen das in Österreich zunehmend propagierte nationalsozialistische Frauenbild an, das die Arbeiterinnen aus den schädlichen Fabrikbedingungen zu holen versprach, nur um sie als dienst- und fruchtbare Reproduziererinnen der Mutterschaft zuzuführen.² Als die Nazis im März 1933 das Parlament auflösten und 1934 die Arbeiter*innenbewegung zerschlugen, fiel für Popp eine mit eigenen Händen mitgebaute Welt zusammen. Sie pendelte fortan zwischen Krankenhaus und Rekonvaleszenzheim und starb schliesslich am 7. März 1939.

FemWiss-Vollversammlung

WANN: 17. Juni um 19:15 Uhr
WO: HAZ, Sihlquai 67, 8005 Zürich

Nach dem statuarischen Teil geht es um 20:15 Uhr weiter mit je einem Referat zu den Möglichkeiten der Utopie als wissenschaftliche Methode. Es sprechen:

Prof. Dr. Andrea Maihofer über die Emanzipation als Akt der Befreiung und die historische Bedeutung der Utopie im Feminismus.

Dr. iur. Nora Scheidegger über das in der Istanbul Konvention angelegte Bestreben, ein gewaltfreies Europa zu schaffen und die Eignung des Strafrechts als Instrument für die Verwirklichung solcher Utopien.

Anschliessend freuen wir uns auf altbekannte und neue Gesichter beim Apéro.

Aus organisatorischen Gründen bitten wir um Anmeldung bis zum 3. Juni: info@femwiss.ch.

Call for Papers FemInfo 52

Utopie – Politiken und Luftschlösser

Mögliche Ansätze reichen von der Auseinandersetzung mit historischen Gleichstellungskonzepten bis hin zu aktuellen künstlerischen, philosophischen oder realpolitischen Utopien der Emanzipation. Ideen für Themen: Realsozialistische Gleichstellungspolitik; Arabischer Frühling und Emanzipation; Vorbild Schweden?; Posthumaner Feminismus.

Ideen bis 13. Mai an: info@femwiss.ch.

Utopies – politiques et châteaux en Espagne

Les contributions peuvent porter sur des concepts historiques autour de l'égalité ou sur d'actuelles utopies d'émancipation, qu'elles soient artistiques, philosophiques ou relevant de la realpolitik. Thématiques possibles: politique de genre du socialisme réel; printemps arabe et émancipation; la Suède, un modèle?; féminisme posthumaniste.

Des idées au 13 mai à info@femwiss.ch.

Beitritt zum Verein Feministische Wissenschaften Schweiz Adhésion à l'Association suisse Femmes Féminisme Recherche

Ich möchte Mitglied werden • Je souhaite devenir membre

Jahresbeitrag • Cotisation annuelle

In Ausbildung, erwerbslos, pensioniert	CHF 45.–
En formation, sans revenu, retraitées	CHF 45.–
Teilzeitverdienend	CHF 85.–
Travail à temps partiel	CHF 85.–
Vollzeitverdienend	CHF 125.–
Travail à plein temps	CHF 125.–
Kollektivmitglied	CHF 155.–
Membre collectif	CHF 155.–
Gönner*in	CHF 205.–
Membre de soutien	CHF 205.–

Ich möchte das FemInfo abonnieren
 (Für Mitglieder im Jahresbeitrag inbegriffen)

Je souhaite m'abonner à FemInfo
 (Gratuit pour les membres)

Name • Nom _____

Vorname • Prénom _____

Strasse • Rue _____

PLZ, Ort • CP, lieu _____

Tel. • Tél. _____

E-Mail • e-mail _____

Sprache • Langue _____

Datum, Unterschrift • Date, Signature _____

Einsenden an • Envoyer à
 Verein Feministische Wissenschaft Schweiz, Postfach, 3001 Bern

